

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Veraminungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Donnerstag, den 4. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Sozialdemokratie im preussischen Dreiklassenparlament.

Unseren preussischen Parteigenossen ist es gestern dank ihrem energischen Ansturm gelungen, die erste Bresche in das Bollwerk des preussischen Junkertums zu legen. Mit vorausichtlich 6 Abgeordneten — genaues ist infolge des verrückten Wahlsystems heute früh noch nicht festzustellen — hält die Sozialdemokratie ihren Einzug in das Dreiklassenparlament. Die werbende Kraft des Sozialismus hat auch die Schranken überfliegen, die man aufgerichtet hatte, um die Sozialdemokratie fernzuhalten aus den heiligen Hallen des Junkerparlaments. Selbst das „elendeste aller Wahlsysteme“ ist nicht mehr imstande, die Sozialdemokratie in ihrem Siegeszug aufzuhalten.

Nach den bis gestern abend 12³/₄ Uhr vorliegenden Depeschen können als gewählt gelten: 78 Konservative, 41 Freikonservative, 38 Nationalliberale, 13 Freisinnige Volkspartei, 5 Freisinnige Vereinigung, 22 Zentrum, 3 Polen, 5 Sozialdemokraten, 2 Dänen, 2 Fraktionslose, also 209 Kandidaten. Dazu kommen 8 Stichwahlen, woran beteiligt sind: 2 Konservative, 2 Freikonservative, 10 Nationalliberale, 3 Freisinnige Vereinigung, 2 Zentrum, 2 Sozialdemokraten. Die Freikonservativen haben 4 Mandate gewonnen, die Nationalliberalen 1 Mandat gewonnen, zwei verloren, die Freisinnige Volkspartei ein Mandat gewonnen, zwei Mandate verloren, das Zentrum zwei Mandate gewonnen eins verloren, die Polen haben 1 Mandat gewonnen, 2 verloren, die Konservativen haben zwei Mandate verloren, die Sozialdemokraten gewannen 5 Mandate. — Nach heute morgen eingegangenen Nachrichten haben unsere Genossen sechs Mandate erobert.

Wir lassen nun nachstehend einzelne, unsere Leser interessierende Wahlergebnisse folgen:

Am 6., 7., 9. und 11. Berliner Wahlkreis wurde eine Majorität sozialdemokratischer Wahlmänner gewählt, so daß in diesen vier Kreisen die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten gesichert ist. Der Reihenfolge nach können als gewählt gelten: Die Genossen Dr. R. Liebknecht, Redakteur Ströbel, Stadtverordneter Borgmann und Stadtverordneter Dr. Paul Hirsch (Charlottenburg). Erfreulich ist, daß allem Anschein nach der Hirsch-Duncker'sche Gewerkevereinsführer und Arbeiterverräter Goldschmidt durchgefallen ist.

In Rixdorf-Schöneberg gilt die Wahl des Sozialdemokraten als gesichert.

In Hannover-Linden (Stadt und Land) erhielt Genosse Leinert 231, der Ordnungsklingel 181 Wahlmänner. Genosse Leinert ist somit gewählt.

In Frankfurt a. M. (Land) kommt der sozialdemokratische Kandidat in Stichwahl.

In Altona (Stadt) erhielt Genosse Wurm 247, Menck (Freikons.) 95, Schmarje (natlib.) 67, Waldstein (Freis. Vgg.) 188. Stichwahl zwischen Gen. Wurm und Waldstein ist sicher.

In Wandsbek wurden 32 freikonservative, 37 liberale und 67 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Aus dem ganzen Kreise Stormarn, einschließlich Wandsbek, sind bisher bekannt: 150 freikonservative, 80 liberale und 120 sozialdemokratische Wahlmänner. Eine Stichwahl zwischen Landrat v. Bonin (Freikons.) und Berichterstatter Rudolf v. Kosbicki (Soz.) ist danach wahrscheinlich.

Pinneberg: 217 Wahlmänner für Graf Moltke (Freikons.), 83 für Struve (Freis. Vgg.) 99 für v. Elm (Soz.)

Herzogtum Lauenburg. Für Wentorp (Freikons.) wurden 127, für Prof. Doormann (Freis. Vpt.) 54 und für Lesche (Soz.) 15 Wahlmänner gewählt.

Segeberg. Wendroth (Freikons.) 130, Dr. Struve (Freis. Vgg.) 22, Adler (Soz.) 2 Stimmen. Freikonservativ gesichert.

Riel (Stadt). Für Hoff (Freis. Vgg.) 258, Schifferer (natlib.) 190, Schulze (kons.) 26, Adler (Soz.) 264

Wahlmänner. Zahlreiche Stichwahlen sind noch erforderlich.

Hannover (Stadt). Fink (natlib.) und Dr. Arning (natlib.) 697, Brey (Soz.) und Schrader (Soz.) 277. Nationalliberal sicher.

Harburg. 211 nationalliberale für Just, 30 liberale, 159 sozialdemokratische Wahlmänner, 26 Stichwahlen. Den Nationalliberalen fehlen 3 an der Majorität, die mit Sicherheit aus den Stichwahlen zu erwarten sind. Die Stimmen für die Sozialdemokraten haben sich gegen früher verdoppelt.

Melle-Diepholz. Der Ex-Schweineminister v. Bobielski (kons.) ist nach bisherigen Nachrichten unterlegen.

Magdeburg (Stadt). Für Zuckschwerdt und Schiffer (natlib.) wurden zusammen 454, für Pfannkuch und Beims (Soz.) 31 Wahlmänner gewählt.

Dortmund (Stadt). Schmieding (natlib.) 353, Bickoff (Fr.) 242, Rahl (Soz.) 80 Wahlmänner.

Hörde. (Neuer Wahlkreis.) Westermann (natlib.) 298, Hue (Soz.) 176. Natlib. gesichert.

Herford, Halle, Bielefeld. (Stadt und Land.) 346 Liberale, 433 Konservative, 226 Sozialdemokraten, 28 Stichwahlen, 26 meist konservative Wahlmänner stehen noch aus.

Soweit die bisher vorliegenden Wahlergebnisse, die zweifellos noch nach dieser oder jener Richtung hin Änderungen unterliegen werden.

Das eine aber steht fest: Die Sozialdemokratie kann mit den erzielten Erfolgen sehr zufrieden sein. Das Wahlergebnis ist eine scharfe Verurteilung des skandalösen Wahlrechts, unter dem Preußens Volk zu leiden hat; es stellt aber auch nicht zum mindesten eine Ohrfeige für Preußens Ministerpräsidenten, der dem Volke Steine statt Brot gab, dar. Die Sozialdemokratie Preußens wird durch die erfochtenen Siege angepornt werden zum erneuten Sturm auf den Lauf gegen das Bollwerk der Reaktion, das sich gegenwärtig in Preußen im Dreiklassenparlament verkörpert.

Ein herzliches Glückauf, ihr wackeren Streiter!

Das alte und das neue Reich.

H. E. Die alte Täuschung der bürgerlichen Demokratie, welche die Freiheit ausschließlich in den politischen Einrichtungen suchte, ist längst überwunden, denn man weiß, daß in den „Freistaaten“, vom alten Athen bis auf die Schweiz, die dort so gepriesene „Freiheit“ in Wahrheit nur die Herrschaft der privilegierten Klassen war, während die große Masse in der Knechtschaft dahinlebte und ausgebeutet wurde. Wenn deshalb heute „freiheitlich“ gesinnte Politiker sagen, sie seien im Interesse aller Klassen tätig, so bedeutet das nur, daß sie die Klassenherrschaft erhalten wollen. Diese besetzt sich durch den Klaffenstaat, innerhalb dessen auch in der Gesetzgebung die Vorrechte der Privilegierten des Besitzes zum Ausdruck kommen.

Die Klassenherrschaft ist wie eine akute Krankheit; sie muß erst ihren Höhepunkt überschritten haben, ehe der Heilungsprozeß beginnen kann. Wenn es deshalb den Anschein hat, als ob wir immer schwerer an dem Joch der Klassenherrschaft zu tragen hätten, so darf uns dies nicht im Pessimismus versinken lassen. Diese Entwicklung nähert sich eben dem Höhepunkte, jenseits dessen die Befreiung kommt.

Wir leben unter dem Doppelschlag der kapitalistisch-industriellen und der kapitalistisch-agrarischen Ausbeutung. Der industrielle Kapitalismus treibt die Ausbeutung der Massen zum Höhepunkt, aber er trägt die neue sozialistische Gesellschaft schon im Leibe und deren Geburt rückt näher im gleichen Tempo mit der steigenden Konzentration des Kapitals. Der kapitalistischen Ausbeutung gegenüber hat der Klassenstaat einige kleine sozialpolitische Konzessionen gemacht, die aber an dem Gang der Entwicklung nichts ändern können. Der Kapitalismus kann nur ein Ausbeutungssystem sein oder er wird nicht sein.

Andererseits verhält sich der Klassenstaat gegenüber der agrarischen Ausbeutung. Diese erfreut sich keines besonderen Schutzes und wird von ihm geradezu gefördert. Es ist nicht uninteressant, in dieser Beziehung die gegenwärtige Epoche mit früheren Epochen zu vergleichen.

Vor ungefähr vierhundert Jahren trat in Deutschland eine Lebensmittellieferung ein, die ebenso schlimm oder noch schlimmer war als diejenige, die uns

heute, dank der agrarischen Brotwucherpolitik, in Deutschland bedrückt. Der damalige, noch sehr ergiebige Weltmarkt Deutschlands hatte ungeheure Kapitalien ins Land gebracht. Um diese gewinnbringend zu verwerthen, bildete man jene, in der deutschen Geschichte so berüchtigt gewordenen Aufkaufs- und Preissteigerungsgesellschaften, welche alsbald eine Schröpferlei der Massen ins Werk setzten, wie heute die Trusts und Ringe in Nordamerika und bei uns. Diese Gesellschaften schufen sich förmliche Monopole. Erst warfen sie sich auf die aus dem Auslande einzuführenden Waren, namentlich was Spezereien und Gewürze betraf, dann aber kauften sie auch im Inlande Getreide, Wein usw. in ungeheuren Massen auf, so daß sie die Warenmärkte nach Belieben mit diesen Waren überschwemmen oder von solchen entblößen konnten. Die Preissteigerung hing teilweise auch mit der Entwertung der Edelmetalle zusammen, die sowohl durch die Einfuhr aus dem neuentdeckten Amerika, als auch durch den Raubbau in den deutschen Bergwerken bewirkt wurde. So stieg in Süddeutschland im Jahre 1510 der Preis des Getreides um 32, der des Weines um 49 Proz. Damals verglich man schon die großen Kaufleute mit Raubrittern und die von unseren bürgerlichen Historikern so gepriesenen Familien der Fugger in Augsburg, der Welfer ebnadelsbüß, der Imhof und Ebner in Nürnberg wurden damals, wie Johannes Sanßen erzählt, allgemein des Großwuchers und der Schinderei beschuldigt.

Während aber heute Pfaff und Junker zusammen die agrarischen Beutezüge fördern, wurde ebenfalls auf den Kanzeln gegen die Preistreiber gepredigt, welche den Wein auf den Stock, das Korn oder die Feldfrüchte „in Haalm und in Garben“ aufkauften. Der berühmte Prediger Seiler von Kaiserberg nennt jene Leute „schlimmere Überflister und Schinder des Volkes, als je die Juden gewesen; sie ziehen nicht allein den gar entbehrlichen Blunder an fremden Waren, sondern auch was zum Leben gehört, als Korn, Fleisch, Wein und sonstiges, in ihr Monopolium und schrauben die Preise nach ihrer Geldgier und Geizigkeit und nähren sich mit der sauren Arbeit der Armen.“ Solche Aussprüche könnten noch viele angeführt werden.

Die Reichsgewalt suchte dem ausgebeuteten Volke Erleichterung zu verschaffen, nachdem auch angefehene Surristen ihre Stimme gegen die Monopole der großen Handelshäuser erhoben hatten. Zuerst wurde auf dem Reichstage zu Köln im Jahre 1512 beschlossen, daß solche Monopole und „schädliche Hanterung“ verboten seien und daß sie niemand üben oder treiben solle. „Welche aber dawider solches tun würden, deren Hab und Güter sollen konfiszirt und der Obrigkeit jeglichen Orts verfallen sein.“ Auch sollten ihnen die Behörden kein schützendes Geleite gewähren. Der Ausschußlandtag zu Innsbruck faßte 1518 einen ähnlichen Beschluß.

Diese Beschlüsse konnten wenig nützen, denn die Reichsgewalt war damals schon sehr geschwächt und aufs Schmierens und Betelligen der mächtigen Beamten verstanden sich die großen Handelsherren vortrefflich; sie teilten, wie es heißt, reichlich „Handsalben“ aus. Immerhin ist anzuerkennen, daß von Reich wegen wenigstens der Versuch gemacht wurde, die Not des gequälten Volkes zu lindern.

Da lacht und spottet man über das alte „Heilige römische Reich deutscher Nation“. Gewiß, erbautlich ist seine Erscheinung nicht und man hat manchmal wohl das Recht zu lachen. Aber der Lebensmittelmacher von damals war auch nur ein Ausfluß der Klassenherrschaft und das feudale alte Reich war auch ein Klassenstaat. Dennoch erhob sich die gesetzgebende Gewalt zum Kampf gegen den Lebensmittelmacher.

Nun ist das neue Deutsche Reich gekommen, das mit seinem allgemeinen Wahlrecht zu den modernen Staaten gerechnet sein will. Wie einst die Großkaufleute und Handelsherren im alten Reich, so haben sich im neuen Reich die Großgrundbesitzer, Junker und Agrarier zusammengetan, um die Preise der notwendigen Lebensmittel in die Höhe zu treiben. Sie bilden eine einzige große Preissteigerungsgesellschaft. Das Reich tritt ihnen aber nicht entgegen; sie haben sich der Reichsgesetzgebungsmaschine bemächtigt und diese garantiert ihnen den Gewinn aus der Preissteigerung. Die Schröpfung der Masse ist ihnen gewissermaßen patentiert und heute ist Gesetz, was im alten Reich durch Konfiskation der Güter bestraft wurde und für schimpflich galt.

Das sieht wie ein schrecklicher Rückschritt aus. Aber die Herrschaft der Junkerklasse überschreitet damit den Höhepunkt, jenseits dessen es besser werden muß. Die so intensiv wachsende Bevölkerung Deutschlands kann auf demselben Boden nicht mehr lange ernährt werden und das agrarische System der Abperrung der Grenzen muß schmachlich zusammenbrechen.

Die Klassenherrschaft bedeutet unter allen politischen Formen immer nur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes zugunsten privilegierter Minoritäten. Darin liegt aber die hoffnungsvolle Bedeutung und beständige Wirkung der sozialistischen Bewegung, daß sie gegen jegliche Klassenherrschaft gerichtet ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die politische Seeschlange

beginnt in diesen ersten heißen Sommertagen bereits sich zu regen, obwohl noch nicht einmal der Landtagswahlkampf vorüber ist. Schon im Sommer des vorigen Jahres füllte die Debatte über die „liberale Einigung“ einen guten Teil der „Sauregurkenzeit“. Jetzt nimmt im neuesten Heft des „März“ der Reichstagsabgeordnete Courad Hauptmann das Thema wieder auf mit einem Artikel „Parteiverschmelzung“. Er erörtert die Bedingungen, unter denen eventuell eine Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien möglich sein würde. Vom Mitumfassen der Nationalliberalen will er aber nichts wissen. Er sagt darüber:

„Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß gleich zu Anfang hervorgehoben werden, daß eine Verschmelzung mit der nationalliberalen Partei nirgends in Frage steht, so wenig bei dieser Partei wie bei der Linken. Nur in Gebieten, in denen die Zentrumsfarbe breite Kreise fast farblos für die übrige Farbenskala gemacht hat, wird die sogenannte große liberale Partei einschließlich der nationalliberalen Partei als eine Möglichkeit angesehen. Im übrigen Vaterland weiß man hüben und drüben, daß die Voraussetzung einer inneren Gleichartigkeit fehlt, und daß der dominierende Nationalliberalismus in Preußen übrigens auch in Sachsen, Hessen, Württemberg, im Elsaß und in den Hansestädten mehr Verwandtschaft mit den Freikonservativen als mit der Linken hat und haben will.“

Vagegen erscheint ihm das Zusammengehen der drei freisinnigen Gruppen in einer Partei als so naheliegend, daß jeder Nichtpolitiker „sich höchstens über die Versäptung der Ausführung wundert“. Der Politiker aber weiß, woran es hapert: die Freisinnige Volkspartei ist „weniger demokratisch“ und hängt zu sehr an der Zweckmäßigkeit der preußischen Hegemonie. Da aber die Freisinnige Volkspartei noch immer von den drei Fraktionen die meisten Wähler und Organisationen hat, so wird sie „für die Entscheidung und eventuell für die Richtung der neuen Partei weit schwerer ins Gewicht fallen als die anderen freisinnigen Gruppen des Reichs“.

Und da kann man es, besonders wenn man die Qualitäten der „Führer“ der Freisinnigen Volkspartei ins Auge faßt, den anderen nachempfinden, daß sie der Verschmelzung mit einigen Bedenken und mit einem gewissen Bangen entgegensehen. Hauptmann stellt denn auch die Frage, die die süddeutsche demokratische Partei nicht aus den Vorgängen der jüngsten Zeit die Erwägung und Entscheidung herleiten solle, daß „es besser sei, wenn sie selbständig bleibt. Ihre Tradition, ihr demokratisches Empfinden, ihre Individualität seien zweifellos weniger gefährdet in einer neuen Partei, in der sie nur ein Bruchteil ist.“

Hauptmann selbst will die Frage nicht entscheiden. Wenn aber die Verzünigung abgelehnt werde, müßten die sachlichen Gründe dafür derart sein, daß der freisinnig gerichtete Wähler sie als stark und berechtigt empfinde. Das Nein würde auch auf die jetzige Fraktionsgemeinschaft wirken wie der Frost in der Gesteinröhre, d. h. als Sprengmittel.

Eine Bedingung aber stellt Hauptmann für die neue große Volkspartei; sie soll nicht opportunistisch sein. Zum Schluß schreibt er:

„So meine ich, daß die Voraussetzung einer Verschmelzung eine grundsätzliche Beratung über die Grundlinien der Parteipolitik in prinzipieller, sachlicher und auch in taktischer Beziehung sein müßte. Ohne eine Einigung wird von der neuen Partei keine neue Kraft ausgehen, und die Verschmelzung würde dann eher lähmen. Auf Grund einer solchen Einigung, wenn sie dem demokratischen, sozialen und humanen Empfinden freie Bahn lassen und schaffen würde, könnte eine „Volkspartei“ durch ganz Deutschland ein Fußpunkt für erfolgreiche politische Anstrengungen einer heranwachsenden Generation sein, welche die nationale Kraft so stark in den Muskeln führt, daß sie auf nationalpolitische Erziehung und auf die kurzfristige Regierungsmethode von heute gänzlich verzichten zu können. Also erst das Programm und dann der Entschluß. Das ist nicht doktrinär, sondern eminent praktisch. Das zwingt und erlaubt auch, aus den politischen Erfahrungen und aus den nationalen und internationalen Entwicklungen ein Fazit zu ziehen und sich zu überzeugen, ob das Urteil über dieses Fazit übereinstimmend. Demgegenüber sind Reichsfinanzreform und Block für den Freisinn Fragen zweiten Ranges und nur Mittel. Denn die bürgerliche Linke darf die deutschen Dinge niemals bloß vom Standpunkt der Regierungserlegenheiten aus ansehen: Sonst würde sie zum Gehilfen der Regierung, einer lazierenden Regierung, deren konservativ-konzernisierte liberale Lebenswürdigkeit so weit reicht wie ihr Steuerhunger.“

Damit ist auch gesagt, woran die Einigung scheitern wird. Für die „Größen“ der Freisinnigen Volkspartei im besondern ist der Block schon nicht mehr Mittel, sondern Zweck. Die Erfahrungen im Block haben sie nicht kuriert von der Sucht, zur „mitbestimmenden“ Mehrheit zu gehören, sondern sie nur fester an den Block geklebt. Sie sind Opportunisten aus Überzeugung geworden, wie es die Nationalliberalen vor ihnen geworden sind. Da wird es mit den Grundlinien für die „große Volkspartei“ sehr bedenklich hapern.

Die Demütigung Berlins!

Am 31. Mai hat der Oberbürgermeister Berlins bei dem Empfang des schwedischen Königspaars seinen Postenverzicht abermals am Brandenburger Tor verlesen. Die Berliner Blätter schwelgen meist in bombastischen

Schilderungen des „glänzenden Schauspiels“ am Brandenburger Tor, sie feiern die Farbenpracht der Uniformen, die Tanzlundenkleider der weißgewaschenen Ehrenjungfrauen. Von dem Berliner Volk wuschen die zeilenweise den patriotischen Reporter allerdings nicht viel zu berichten gehabt. Das Volk der geistigen und körperlichen Arbeit hält sich abseits von dem mittelalterlichen Schauplatz des Berliner Hofes. Die Berliner Caffer aber, die ihre Neugierde nicht zügeln können und dennoch zu den Hofgästen des Hauses Hohenzollern als applaudierendes Volk in der Straße unter den Linden erscheinen, werden gar unfaßlich in die Ecken und Winkel von den behelmten, die „Straße säubernden“ Volkspolizisten gedrückt. Auf dem Pariser Platz bildete die hohe Polizei nur Gardeuniformen und — die dienenden Herren der Stadt Berlin. Diese Stadtvertreter nahmen sich aus wie Kellner, die zur Bedienung der uniformierten Herrschaften erschienen waren. Wilhelm II. sah über den tief verneigenden Oberbürgermeister der Stadt Berlin einfach hinweg. Das „Berliner Tageblatt“ hat diese historische Szene der Demütigung der Stadt Berlin in dankenswerter Weise festgehalten. Es schreibt: „Der Oberbürgermeister von Berlin trat, mit dem Hute in der Hand, an den Wagen heran und sprach, während Kaiser Wilhelm an ihm vorüberblickte, seinen Willkommensgruß. Ein leise Furcht mußte bei dieser Szene den Zuschauer beschleichen. Die Furcht, daß einmal ein fremder Monarch, nicht gewohnt an solche Auftritte, dem Redner auf dem Straßenpflaster einen Groschen in den Hut werfen könnte.“

Das „Berliner Tageblatt“ erinnert an die steifnackige Bürgerlichkeit Londons, die ihre Würde bei allen derartigen höflichen Empfangsfeierlichkeiten gebührend zum Ausdruck bringt. Die Londoner City, so schreibt es, „hat den Deutschen Kaiser in ihr Haus, in die Guildhall, gebeten, aber der Magistrat der deutschen Reichshauptstadt wirft sich fast unter die Hufe der Pferde. Gewiß, Herr Kirchner, der ein braver Mann ist, empfindet selber das Peinliche dieses Hofdienstes, und er fürchtet nur, durch eine Weigerung die Interessen der Allgemeinheit zu schädigen. Und doch würde die Berliner Bevölkerung einmütig Herrn Kirchner unterstützen, auf die Gefahr hin, ihn für immer von allen Hofstufen verbannt zu sehen.“ In diesem Punkte täuscht sich das „Berliner Tageblatt“ gewaltig. Zur Berliner Bevölkerung zählt auch Herr Fischbeck und seine Freisinnsmänner, und denen ist eine lakonische Unterwürfigkeit vor dem Hause Hohenzollern Herzensbedürfnis.

Die neue Krupp-Maffä.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt:

„Seitens der Reichstags-Abgeordneten Dr. Erzberger und Dr. Südekum ist in der Reichstags-Sitzung vom 30. März cr. und später eines Gerüchtes Erwähnung getan worden, wonach die Firma Krupp nach 1870/71 von der preussischen Kronfideikommissverwaltung einen Vorstoß zur Betriebserweiterung erhalten habe, der noch nicht zurückgelehnt worden sei und noch jetzt die Unterlage für eine relativ hohe Gewinnbeteiligung der Krone an dem Kruppischen Unternehmen bilde, und es hierauf zurückzuführen sei, wenn die Mitglieder der Kruppischen Prüfungskommission sich zu einer Art von Begünstigung von Krupp verpflichtet erachteten. Die letztere Behauptung hat der Vertreter des Kriegsministeriums als bald in derselben Sitzung als eine unbemerkte und unabweisbare Behauptung zurückgewiesen. Nachdem verschiedene Zeitungen aber bis in die letzte Zeit auf die Angelegenheit zurückgekommen sind, erscheint es geboten, auch hinsichtlich des ersten Teiles des Gerüchtes hiermit festzustellen, daß der Firma Krupp niemals weder vor noch nach dem Kriege 1870/71 irgend eine finanzielle Unterstützung seitens des Kronfideikommisses oder sonst aus königlichen Privatfonds zuteil geworden ist und daß diese Fonds niemals mit irgend einem Kapitalbetrage an dem Kruppischen Werke beteiligt gewesen sind.“

Es ist recht unwahrscheinlich, daß die neue Krupp-affäre mit diesem auffallend verpöpteten Dementi ihr Ende finden wird.

Die Gerüchte, die von dem Abg. Südekum und Erzberger im Reichstag erwähnt wurden, werden schon seit Jahren in den verschiedensten Kreisen kolportiert und treten auch mitunter in erheblicher anderer Form auf als jener, in welcher sie dem Reichstag zu Gehör gebracht wurden. Das offiziöse Dementi kommt wohl zu spät und ist zu ungeschickt, um sie verstimmen zu machen. War der Reichskanzler dazu in der Lage, so hat er zweifellos seine Pflicht veräußert, wenn er nicht noch vor Schluß des Reichstags die Gelegenheit wahrnahm zu erklären, daß zwischen der Firma Krupp und der Krone keine wie immer gearteten finanziellen Beziehungen beständen. Daß diese Erklärung nicht abgegeben wurde, sondern vielmehr die „Nordb. Allg. Ztg.“ jetzt auf einmal, da kein Mensch von der Sache spricht, mit der Versicherung kommt, es gebe keine Kapitalbeteiligung der Krone bei Krupp, ist seltsam. Noch seltsamer, daß sie von einer finanziellen Unterstützung der Firma Krupp durch die Krone redet. Damit bestritt sie etwas, was keinem Menschen zu behaupten einfiel.

Sydows Steuerpläne.

Bürgerliche Blätter berichten: Der Entwurf zur Finanzreform wird in diesen Tagen dem Staatsministerium zugehen. Der Entwurf wird vom Staatssekretär Sydow dem Ministerkollegium vorgelegt und dann durchberaten werden. Die Arbeit, die seit dem Antritt des neuen Staatssekretärs über die bis zum Herbst dieses Jahres festzulegenden Grundlinien der Finanzreform geleistet worden ist, eröffnet die Aussicht, daß dem Reichstage ein großzügiger Reformplan, wie er für die Sanierung der Reichsfinanzen notwendig ist, vorgelegt werden wird. Es wird eine außerordentlich hohe Summe hierzu gefordert werden müssen und man wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß um die Besserung von Tabak, Branntwein und Bier nicht herumzukommen ist. Ebenso dürfen die Erbschaften noch in höherem Maße als bisher als Einnahmequelle herangezogen werden. Die frühzeitige Einigung mit den Ministern der Einzelstaaten hat, wenn auch hier und da

noch Differenzen bestehen, doch wesentlich zur Erleichterung der Arbeit beigetragen.

Bier, Tabak und Branntwein sollen also bluten, damit Deutschland auch fernhin die wahnwitzige Heeres-, Flotten- und Kolonialpolitik betreiben kann. Wie lange wird sich der deutsche Michel noch diese Schröpfung gefallen lassen?

Ein „Barthischer“.

Auf dem Frankfurter Vertretertag der Freisinnigen Vereinigung hatte der Reichstagsabgeordnete Potthoff den Schrader und Hecksher zugerufen: Sie können Barth hinaustreiben, aber die Barthischen werden Sie nicht los! Nach diesem Rezept handelt Potthoff jetzt, indem er in linksliberalen Blättern einen Aufruf an die liberale Wählererschaft zur Unterstützung der Barthgruppe bei den preussischen Landtagswahlen erläßt. Es heißt darin:

„In Ober- und Nieder-Barnim ist die letzte Konsequenz des Blockgedankens gezogen. Die Freisinnige Volkspartei hat unter Billigung der Parteileitung ein Wahlbündnis mit den Konservativen abgeschlossen. Mit den erbittertesten Gegnern des liberalen Programms, der liberalen Weltanschauung, des liberalen Wahlrechts zusammen kämpfen Scheinliberale gegen die demokratischen Elemente des Kreises. Für alle ehrlichen Liberalen in Ober und Nieder-Barnim kann es nur eine Lösung geben: dieser Mandatschacher darf auf keinen Fall zum Siege führen. Auf keinen Fall!“

Noch wichtiger ist die Entscheidung in Teltow-Storkow-Wilmersdorf, weil hier die einzige Möglichkeit gegeben ist, Vertreter der liberalen Demokratie in den Landtag zu bringen. Unter Nichtachtung des Frankfurter Einigungsanschlusses, unter Nichtachtung der befreunden Organisation hat die Freisinnige Volkspartei sich mit den Nationalliberalen verbündet. Darauf konnte die Freisinnige Vereinigung nur antworten mit der Unterstützung der sozialliberalen Kandidaten Dr. Breitscheid und Witt. Hier stehen die beiden Gegensätze scharf und klar im Kampfe: Blockfreisinn gegen liberale Demokratie!“

Die letzte Konsequenz zu ziehen und zur offenen Unterstützung der Sozialdemokratie aufzufordern, wenigstens in den Kreisen, in denen die Barthleute selbst keine eigenen Kandidaten aufstellten, bringt freilich Herr Potthoff trotz seiner löblichen Worte nicht fertig. Trotzdem ist natürlich die „liberale“ Presse vom Schlage der „Freisinnigen Zeitung“ wütend und kündigt bereits zwischen den Zeilen den Hinauswurf des „ollen ehrlichen Liberalen“ aus der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft an. Wenn sie sich die Gunst Bülow's und der Konservativen erhalten wollen, wird bei Fischbeck und Padnick auch nichts weiter übrig bleiben.

Der Zweifennigtarif für Baden.

Der freisinnige Abgeordnete Frühauß hat Montag im badischen Landtag den auch von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag eingebracht, auf den badischen Eisenbahnen für die dritte Klasse den Zweifennigtarif einzuführen. Der Zuschlag für Schnellzüge soll für diese Klasse in Wegfall kommen. Leider hat der Antrag keine Aussicht auf Annahme, da Baden durch die „einheitliche“ deutsche Tarifreform gebunden ist. Ebenso stehen die beiden großen Parteien, Nationalliberale und Zentrum, dem Zweifennigtarif für alle Züge ablehnend gegenüber. Man rechnet im Gegenteil mit der baldigen Einführung der vierten Klasse in Baden.

Offiziersgehälter-Erhöhung.

Dem Reichstag wird im Herbst bei seinem Wiederzusammentritt der Entwurf des Gesetzes über die Erhöhung der Offiziersgehälter zugehen. Es handelt sich, wie die „Röln. Ztg.“ berichtet, dabei um die unteren Dienstgrade, und die Erhöhung soll wie bei den Beamten rückwirkende Kraft auf den 1. April 1908 erhalten, wozu ein Nachtragskredit nötig wird.

„Das Gesetz bringt“, schreibt das rheinische Blatt, „völlige Veränderungen der Gehaltsordnung, und es sei gleich bemerkt, daß die vielfach verbreitete Ansicht, der Entwurf sehe für die Hauptleute usw. zweiter Klasse eine sofortige Erhöhung vor, die von Optimisten bis auf 600 Mark jährlich beziffert wurde, in keiner Weise zutrifft. Die neuen Gehaltsstufen steigen auf nach dem Dienstalter oder richtiger gesagt, nach dem Befoldungsalter, das für den Offizier jeden Dienstgrades neben seinem Patent bei der ersten Gehaltszahlung durch die Zentralbehörde festgestellt wird und für das Aufsteigen in die höhere Stufe allein maßgebend ist. Man hat es nicht für möglich gehalten, das Gehalt der Hauptleute zweiter Klasse wie bei der ersten Klasse durch alle Waffengattungen gehen zu lassen, da es weniger ein Dienstgradgehalt als ein Stellengehalt ist, das an die Stelle der Kompagnie-, Eskadron- und Batteriechefs gebunden ist. Es wird somit auch in Zukunft, wie es vielfach der Fall ist, vorkommen können, daß ein Hauptmann der Infanterie das Gehalt als Hauptmann zweiter Klasse nicht bekommt, weil er noch nicht Kompagniechef ist, während ein später ernannter jüngerer Oberleutnant bei seiner Beförderung zum Hauptmann, selbst ohne Patent, aber unter Ernennung zum Kompagniechef das Hauptmannsgehalt bezieht, das also dem älteren, mit Patent beförderten Hauptmann versagt bleibt. Dieser muß sich bis zu seiner Ernennung zum Kompagniechef mit dem Dienstinkommen eines Oberleutnants begnügen, was jetzt bei vielen solchen Hauptleuten fast dreiviertel Jahre dauert und nicht allein schon an sich einen nicht unerheblichen Ausfall am Einkommen darstellt, sondern auch bei eintretender Invaldität und sich daraus ergebender Pensionierung besondere Härten enthält. Solche Verhältnisse, die lediglich Mißstimmung hervorgerufen, sollten nach Möglichkeit vermieden werden, wenn auch infolge der dann notwendigen Versetzungen der Reiskostenfonds ein wenig mehr in Anspruch genommen würde.“

Die Angaben der „Röln. Zeitung“ über die Verteilung der geplanten Gehaltserhöhungen sind nicht recht verständlich; nur so viel ergibt sich mit Sicherheit aus der ihr von Berlin zugegangenen Notiz, daß die projektierten Erhöhungen beträchtlicher sind, als durchweg bisher angenommen wurde. So sollen z. B. bei den Hauptleuten drei Gehaltsklassen eingeführt werden und zu den bisherigen beiden Klassen noch eine höhere Klasse, sagen wir Klasse IA, hinzutreten. Für Oberleutnants und Leutnants gibt es

nur eine Gehaltsklasse, die aber zwischen einem Mindest- und Höchstgehalt in einzelnen Gehaltsstufen eingeteilt ist, deren jede mit weiteren vier Befoldungsjahren erreicht wird, bis die höchste Stufe erreicht ist.

Die Meldung der „Köln. Ztg.“ hat allem Anschein nach keinen anderen Zweck, als auf die geplanten schönen Übertragungen vorzubereiten. Man scheint im Kriegsministerium die Taktik gewählt zu haben, nicht gleich die ganze Dosis dem Publikum vorzusetzen, sondern die Märgel in kleinen Rationen zu verabfolgen, damit sich der ehrensame Steuerzahler nach und nach an die beabsichtigte neue Schröpfung gewöhnt.

Rußland.

Eine Schandtat der Dumamajorität. Nach einer heißen Debatte, die zwei Sitzungen hindurch gedauert hatte, beschloß die Duma, wie gestern schon kurz gemeldet, die Ausschließung des Sozialdemokraten Kossorotow, der wegen einer öffentlich gehaltenen Rede gerichtlich belangt wird. Die Dumakommission hatte die Auslieferung beantragt. Die Rede wurde am 8. November v. J. einige Tage vor der Dumaeröffnung auf einer kleinen Station der Samara-Slatoustomsker Bahn gehalten. Die Anklage stützt sich auf die widersprechenden Aussagen eines tatarischen Landpolizisten, der nicht einmal der russischen Sprache mächtig ist. Trotzdem erfüllte die gefügige Duma den Wunsch der Regierung, während noch die zweite Duma in ähnlichem Falle solche Schandtat zu verüben sich gewiegert hätte. Die Majorität der Duma hatte es so eilig, sich des unbequemen Sozialdemokraten zu entledigen, daß sie (mit 187 gegen 129 Stimmen) den unsinnigen Beschluß faßte, den Fall Kossorotow zu prüfen, ohne auf die prinzipielle Seite der Frage einzugehen. Genosse Gegetschkori traf darum den Schwerpunkt der ganzen Frage, als er das Vorgehen der Blockgenossen als einen Akt der politischen Rache sucht gegenüber der Sozialdemokratie bezeichnete. Er wies auf die ungeheuerliche Tatsache hin, daß einige Mitglieder der Kommission schon allein die Zugehörigkeit Kossorotows zur sozialdemokratischen Fraktion als genügenden Grund bezeichnet hatten, die Anklage als vollkommen glaubwürdig zu betrachten. Wenn selbst die Dumakommission so vorging, was kann also von der Regierung erwartet werden? „Für die Regierung — so erklärte Gegetschkori — ist die Ausschließung Kossorotows bloß der erste Schritt zur Vernichtung der proletarischen Vertretung in der dritten Duma. Für die Regierung ist es nicht genug, daß sie Millionen von Bauern und Arbeitern durch das Wahlgesetz vom 16. Juni entrechtet hat, sie begnügt sich nicht damit, daß Millionen von Proletariern durch ein kleines Häuflein von Abgeordneten in der Duma vertreten sind, sie will auch dieses Häuflein vernichten, und dieser Wunsch ist vollauf begründet. Wahrscheinlich reißt schon irgendwo in den Inquisitionsräumen des Polizeidepartements der Plan einer „Verschwörung“ und eines „bewaffneten Aufstandes“ heran und wahrscheinlich ist der Tag nicht mehr fern, da dieser Plan sich in einer Anklageschrift realisiert, die gegen die sozialdemokratische Fraktion gerichtet ist.“ Die Blockgenossen beantworteten die mutigen Worte Gegetschkoris mit einem wahren Wutgebrüll, sie machten aber nicht einmal den Versuch, die Wucht seiner Anklagen zu entkräften. Vergebens appellierte der „radikale“ Oktobrist Fürst Uwarow an den gesunden Egoismus des Dumazentrums, indem er darauf hinwies, daß die Oktobristen unter einem Ministerium Dubrowin in dieselbe Lage gelangen könnten, wie gegenwärtig der Sozialdemokrat Kossorotow. Für die Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen war es ausschlaggebend, daß der Justizminister Schtschegomow — angeblich, um das „Ansehen“ der Duma zu schützen — die bedingungslose Ausschließung Kossorotows verlangte. Wenn die Regierung ruft, dann müssen die Oktobristen parieren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 4. Juni.

Achtung Maurer! Über sämtliche Zugarbeiten am Bau von Gröner u. Heidenreich in der unteren Braunstraße und in der St. Annenstraße, sowie über den Siedbau in der Marlystraße ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Achtung Arbeiter! Über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Malfeyer und Stellung einer Lohnforderung gemahregelt wurden.

Achtung Steinseher und Hilfsarbeiter! Zugang ist fernzuhalten nach Lübeck, Travemünde, Lübbchen, Daffow, Klüß und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Güterdamm 10, sowie P. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zugzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Der **Bürgerausschuß** bewilligte in seiner gestrigen Sitzung noch weitere 2775,15 Mk. zu den Kosten der letzten Reichstagswahl nach, sodas die gesamten von der Stadtgemeinde Lübeck für diesen Zweck verausgabten Gelder sich nummehr auf 5747,42 Mk. belaufen. Für die Anlage einer neuen Wasserleitung vom Behlendorfer See nach dem Stadtquartier Behlendorf wurden 6000 Mk. bewilligt. Mitgenehmigt wurde der Senatsantrag auf nachträgliche Bewilligung von 5188,60 Mk., die für Baukosten bei dem Krankenhaus, beim Waisenhaus und bei der Armenanstalt durch Überschreitung der veranschlagten Summen entstanden sind. Der Wegegemeinde Genin wurden zu den Kosten der Unterhaltung der Dorfstraße eine staatliche Beihilfe von jährlich 150 Mk. auf die Dauer von fünf Jahren bewilligt. Der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurden der Senatsantrag auf Verkauf von Staatsareal, das an der Waisentallee gelegen ist, an die Firma Beeth; gleichfalls gutachtlich befürwortet wurde der Senatsantrag, der verlangt, 1. daß der Beamtenbesoldungsstat dahin abgeändert werde, daß in der Klasse X die Bauarbeiter erster Gehaltsklasse fortan als Bauwarte erster Gehaltsklasse bezeichnet werden, und 2. daß bei der Baubeauftragung drei neue Stellen für Bauwarte zweiter Gehaltsklasse (Klasse IX des Beamtenbesoldungsstat) und zwei neue

Stellen für Bauwarte dritter Gehaltsklasse (Klasse VII) des Beamtenbesoldungsstat) geschaffen werden. Rbh. beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die Vorsteherchaft der Schabbelstiftung zu veranlassen, von der Einrichtung einer Wirtschaft im Schabbelhause Abstand zu nehmen. Der Bürgerausschuß beschloß, dieses Ersuchen an den Senat zu richten. — In die Kommission zurückverwiesen wurde der Senatsantrag, betreffend Abänderung der Bestimmungen über die kaufmännische Fortbildungsschule.

Zwanzig neue Zollaufseherstellen. Dem Bürgerausschuß lag in seiner gestrigen Sitzung folgendes Senatsbescheid vor: Bald nach der Einbeziehung Lübecks in den Zollverein und der Errichtung des Hauptzollamts ergab sich die Notwendigkeit, für die zollamtlichen Bewachungen der von dem Auslande eingehenden Schiffe, sowie der an den Böschstellen lagernden Waren, auf denen ein Zollanspruch lastet, besondere Hilfskräfte einzustellen, weil die etatsmäßigen Zollaufseher zur ordnungsmäßigen Wahrnehmung aller erforderlichen Wachen nicht ausreichten. Den Hilfsaufsehern wurde ein Tagelohn gewährt, das seine Deckung in den für ihre dienstliche Tätigkeit bestimmungsmäßig zu erhebenden Gebühren und Verwaltungskostenbeiträgen fand. Sowohl Sinnahme wie Ausgabe gingen hierbei auf Rechnung Lübecks. Nach dem Inkrafttreten der neuen Zollgebührenordnung vom 19. Juli 1906 ist jedoch von Seiten des Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern zu Altona beim Reichszollamt die Verrechnung dieser Einnahmen und Ausgaben für das Reich beantragt, gleichzeitig aber auch die Ersetzung der Hilfsaufseher durch etatsmäßige Zollaufseher angeregt worden. Der Reichszollamt hat diese Vorschläge angenommen. Auf seine Ausführungen hin hat der Senat sich davon überzeugt, daß das hier bisher geübte Verfahren der Aufrechnung der Einnahmen und Ausgaben für die Hilfszollaufseher auf Rechnung Lübecks nicht den den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zugrunde liegenden Voraussetzungen entspricht. Er hat daher Anordnung getroffen, daß vom Beginn des Rechnungsjahres 1907 ab die Ausgaben für die in der Grenzollverwaltung beschäftigten Hilfsaufseher dem Reich aufgerechnet und ebenso die durch ihre Tätigkeit erzielten Einnahmen an die Reichskasse abgeführt werden. Was den weiter vom Reichszollamt geäußerten Wunsch auf Ertrag der Hilfsaufseher durch festangestellte Beamte anlangt, so hatte der Senat vor weiterem die Erfahrungen abzuwarten beschlossen, die mit dem Hilfsaufseherkorps nach dessen im Jahre 1906 erfolgter Reorganisation durch Einstellung besser bezahlter jüngerer Leute zu machen sein würden. Es hat sich hierbei ergeben, daß das Hilfsaufseherkorps auch in seinem verjüngten Zustande den besonders durch die Einführung des neuen Zolltarifs wesentlich gesteigerten Anforderungen an die Zollbeamten nicht zu entsprechen imstande ist, und der Oberzolldirektor hat nunmehr beantragt, vom 1. Juli d. J. ab an Stelle der bisherigen Hilfsaufseher zunächst 20 etatsmäßige Zollaufseher anzustellen. Der Senat, der sich von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt hat, beabsichtigt daher, indem er bemerkt, daß die Ausgaben für die neuen Stellen vom Reich werden vergütet werden, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft zu stellen: daß zum 1. Juli 1908 zwanzig neue Zollaufseherstellen mit einem von 1400 Mk. nach je 3 Jahren um 100 Mark bis 1900 Mk. steigenden Gehalte nebst einem pensionsberechtigten Wohnungsgeldzuschuß von 270 Mk. und einem Dienstbefreiungszuschuß von 80 Mk. errichtet werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage durch die Bürgerchaft. — Was mit den bisherigen Hilfsaufsehern werden soll, wird nicht gesagt; es wäre für dieselben hart, wenn man sie einfach auf das Straßengestänge werfen würde. Da es sich nur um untergeordnete Hilfsbeamte handelt, wird man — leider — wohl nicht viel Federlesens machen; mögen dieselben sehen, wie sie durchkommen, wird man in den maßgebenden Kreisen sagen.

Kapellmeister Pfeiffer. der nach 12jähriger Wirksamkeit in Mainz diesen Ort verläßt, um am Lübecker Stadttheater an leitender Stelle in der Oper zu wirken, verabschiedete sich kürzlich vom Mainzer Publikum. Die dortigen Blätter bringen aus diesem Anlaß längere Artikel, denen wir folgendes entnehmen: „Ein liebenswürdiger Künstler verläßt uns, dem ein großer Kreis aufrichtiger Verehrer von Herzen eine erfolgreiche Zukunft wünscht. Die Wirksamkeit Pfeiffers als Operndirigenten, Lehrer und Vereinsleiter war eine überaus fruchtbare und wird hier sobald nicht vergessen werden. Die peinlichste Sorgfalt, mit der sich Pfeiffer in erstem Streben seiner künstlerischen Aufgaben entledigte, sind von Publikum und Presse stets gleich gütig und dankbar anerkannt worden. Als Beweis für die Schlagfertigkeit Pfeiffers als Dirigent sei nur daran erinnert, wie er seinerzeit ohne Orchesterprobe eine „Meistersinger“-Aufführung übernehmen mußte, was ihm mit vollem Erfolg gelang. Noch in frischer Erinnerung steht uns auch die Aufführung von Wagners gewaltigem „Ring“ unter Pfeiffers straffer und zielbewusster Leitung. Nicht minder erfolgreich hat er sich in den städtischen Synchronkonzerten und auch in der „Liedertafel“ (an Stelle des erkrankten Prof. Dr. Wolbach) bewährt. Es ist deshalb leicht begreiflich, daß Pfeiffer in seinem Abschiedskonzert gefeiert wurde.“ — Man darf hier nach hoffen, daß das Engagement Pfeiffers für die Lübecker Oper einen Gewinn bedeute.

Pfingstzüge. Zu dem Zuge ab Lübeck 5.55 Uhr morgens werden Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen, gültig einschl. Pfingstmontag von Lübeck nach Wandsb. und Hamburg 2. Klasse 4,60 Mk., 3. Klasse 3 Mk. ausgegeben. Rückfahrt mit allen Personen und Sitzgügen, mit Schnellzügen nur gegen Zuschlagkarte. — Am Pfingstmontag, den 7. Juni d. J., werden folgende Sonderzüge befördert werden: Lübeck ab 4.45 Uhr morgens und 7.30 Uhr vormittags, Gutin an 5.30 Uhr morgens, an Kiel 7.22 Uhr vormittags, Gutin ab 5.34 Uhr morgens, an Kiel 7.22 Uhr vormittags. Zu beiden Sonderzügen werden in Lübeck auch Sonntagskarten 2. und 3. Klasse zum ermäßigten Fahrpreis nach Wandsb., Bahnhof Glesendorf, Ahrensböck und Gutin ausgegeben, welche zur Rückfahrt am selben Tage mit allen Personenzügen (ausgenommen D Züge) berechtigen.

Lübecker Straßenbahn. Befördert wurden im Mai d. J. 184 692 Personen gegen 84 726 im gleichen Monat des Vorjahres, mithin in diesem Jahre 49 967 Personen mehr. Vom 1. Januar bis zum 31. Mai d. J. hat die Bahn 467 691 Personen befördert, gegen 369 792 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also in diesem Jahre 97 899 Personen mehr. Der 31. Mai d. J. brachte infolge des herrlichen Sommerwetters die größte Tageseinnahme während des Bestehens der Bahn.

Lehrlinge und politische Vereine. Seitens der Pansatischen Delegiertenkonferenz in Lübeck war die Frage erörtern, ob es sich im Interesse des gesamten Lehrlingswesens empfehle, Bestimmungen über die Beteiligung von Lehrlingen an politischen Vereinen zu erlassen. In Verfolg der in Lübeck hierüber gepflogenen Verhandlungen beschloß die Bremer Gewerksamter, wie wir ihrem Jahresberichte entnehmen, keine Bestimmung zu treffen, die ein Verbot des Beitritts von Lehrlingen zu politischen Vereinen enthält. Das war vernünftig gehandelt.

Die Ortsfrankensasse zu Lübeck hatte am 1. Juni 1908 18 798 Mitglieder gegen 17 841 im Jahre 1907. Auf Männer entfielen davon 13088 (1907: 12 548) auf Frauen

5780 (1907: 5298). **Erwerbsunfähigkeit** waren am letzten Mai 1908 288 Männer (1907: 298) und 209 Frauen (1907: 207). Ausweiskarte für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Mai 1904 (1907: 1186) erteilt. Sterbepflicht wurde im Mai für Mitglieder in 11 Fällen, für Angehörige in 24 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortbildungspflichtige Beschäftigung haben im Mai 9 Abwehlungen erfolgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sühnsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 13 Fällen mit Strafe zu belegen.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Mai ds. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit Inhalt sowie lose Geldbeträge, 1 silb. Damenuhr, mehrere Armbänder, 2 gold. Damenringe, 1 Siegelring, 2 Medaillons, 1 vergoldete Brosche, 2 Brillen, 1 Kneifer, 1 Fahrrad, 1 Spazierstock, 2 steife Herrenhüte, 1 Mütze, 1 schw. Damenhutleder, 1/2 Dbd. Paar Damenstrümpfe, 1 Koffer mit Kleidungsstücken, mehrere Handtaschen mit Inhalt, 1 Tasche mit Schreibutensilien, 1 Stück schw. Kleiderstoff, 1 Paket mit Spitzen, 1 Paar Handschuhe, 1 Handtuch, 1 Paket mit Sägenblätter, 1 Milchkanne, 1 Vitermaß und 1 Huhn.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Vielfachen Wünschen nachkommend, findet Freitag eine nochmalige Aufführung von „Salemans Töchter“ von Arronge statt. Am Sonnabend wird nochmals G. v. Mosers unverwundliches Lustspiel „Der Weichenkresser“ gegeben. Jeder Platz 50 Pfg. In den beiden Pfringsttagen geht „Gretchen“ in Szene.

Schwartau. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Freitag den 5. Juni, abends 8 Uhr im Gasthof Transvaal statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Stellungnahme zur Generalversammlung in Gutin. Zahlreiche Erscheinungen der Mitglieder ist notwendig.

Hamburg. Ein eigenartiger Fall des Mandatsverlustes beschäftigt zurzeit unsere Bürgerchaft. Nach unserer Verfassung sind nicht wählbar zur Bürgerchaft solche Bürger, welche keine Einkommensteuer bezahlen; ferner müssen diejenigen Abgeordneten aus der Bürgerchaft ausscheiden, die die Wählbarkeit verlieren. Nun hat ein Abgeordneter der Linken, Meyer, bei der Deklaration seiner Einkommensteuer im vorigen Jahre von dem gesetzlichen Rechte, Veräußerungsverlust von seinem Einkommen in Abzug zu bringen, Gebrauch gemacht, was zur Folge hatte, daß er ein steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr besaß und für 1907 Steuern nicht bezahlt hat. Durch einen Zufall kam dies zur Kenntnis der Zentralwahlkommission, die an den Senat berichtete. Dieser gab die Sache an die Bürgerchaft weiter, da die Bürgerchaft die Legitimation ihrer Mitglieder zu prüfen hat. Der Legitimationsausschuß unserer Bürgerchaft hat sich mit der Sache befaßt und das Mandat für erloschen erklärt. Hier ist also auch einmal ein Besizender von der gegen die Armut gerichteten Bestimmungen betroffen worden. Und das ist das Tragikomische an diesem Fall.

Wilhelmshburg. Zwei Knaben beim Baden ertrunken. Beim Baden in der freien Elbe sind auf der Wilhelmshurger Seite zwei etwa 12jährige Knaben, Fassio und Hannibal beide aus Harburg, ertrunken.

Brate. Schießende Arbeitswillige. Wir lesen in den Blättern: In einem der letzten Abende wurden, als mehrere Arbeiter eine Wirtschaft in Klippenne verließen, aus dem in der Nähe des hiesigen Biers liegenden Schuppen, in welchem die aus Anlaß des Streiks der hiesigen Hafenarbeiter von auswärts herangezogenen Arbeiter untergebracht sind, mehrere Schüsse abgegeben, glücklicherweise ohne jemand zu treffen. Mittwoch abend spät gingen zwei hier fremde Leute vom Dampfer „Cito“ in Klippenne auf dem Deiche, als einer ganz unvermutet aus dem Hinterhalt einen Wurf mit einem schweren Steine an den Kopf erhielt, so daß er bewußtlos zu Boden stürzte. Das Blut stürzte ihm aus einer großen Wunde, und erst nach 20 Minuten kam er wieder zu sich. Er befindet sich noch in Behandlung des Arztes. Wer der Täter ist und was diesen zu dem heimtückischen Überfall veranlaßt hat, darüber kann man nur Vermutungen hegen. — Die Arbeitswilligen sind bekanntlich „nützliche Elemente“, welche sich des besondern Schutzes der Behörden erfreuen.

Bremen. Die Beamtengehaltsvorlage ist jetzt zum Abschluß gebracht. Im wesentlichen ist es bei den früheren Beschlüssen geblieben. Trotz der Verbesserung gibt es z. B. noch zahlreiche Beamtencategorien, die gegenwärtig 987 Beamte umfassen, mit einem Anfangsgehalt bis zu 1500 Mk., ja, 686 Beamte haben nur ein Gehalt bis zu 1400 Mk. Einzelne Gehälter gehen bis unter 1200 Mk. herunter. Eine Schmach ist es, daß die Mehrheit der Bürgerchaft solche Gehaltsätze für ausreichend erachtet in einem Stadtstaat, wo ein Fünftel dieser Einkommen und in vielen Fällen weit darüber hinaus für Miete und Steuern gezahlt werden muß. Während man bei den meisten Kategorien der unteren Beamten knauserte, hat man, trotzdem laut in die Welt hinausgeschrien wurde, daß vor allem die kleinen Gehalte erhöht werden sollten, einzelne hochbesoldeten Beamten ganz respektable Zulagen in den Schoß geworfen. So ist z. B. das Gehalt einiger Staatsanwälte im Anfangsgehalt um 500 Mk. und im Endgehalt um 2000 Mk. erhöht worden. Auf der einen Seite gewährt man eine Zulage von 2000 Mk., während man auf der anderen Seite verlangt, daß die Beamten mit einem Gesamtgehalt von weniger als 1200 Mark auskommen sollen. Beschämend ist es auch für das große Bremen, daß es seine Volksschullehrer schlechter bezahlt als das kleine Bremerhaven. Während Bremen die Volksschullehrer mit einem Gehalt von 1900 Mk. bis 4100 Mk. abspießt, gewährt Bremerhaven ein Anfangsgehalt von 2100 Mark und ein Höchstgehalt von 4200 Mk. Außerdem wird bei den Lehrern bezüglich der Gehaltszulagen „eine durch nichts gerechtfertigte Ausnahme gemacht dadurch, daß man ihnen die höchsten Zulagen zulegt, während man sie bei allen anderen Beamtencategorien zuerst gewährt. Und den Hilfslehrern wird gar das Anfangsgehalt von 1200 Mk. unverändert belassen. Für sie ist erst für die weiteren drei folgenden Jahre eine Zulage von je 100 Mk. festgesetzt worden. Wie aber steht es mit den Volksschullehrerinnen? Für sie ist das Anfangsgehalt auf 1400 Mk. und das Höchstgehalt auf 2500, also um 1500 Mk. niedriger als die ohnehin unzureichenden Gehälter der männlichen Lehrkräfte festgesetzt, und die Hilfslehrerinnen stehen noch wieder um 100 Mk. bis 200 Mk. schlechter als die Hilfslehrer. — Weit schlechter als die Beamten sind bekanntlich die staatlichen Arbeiter gestellt; für diese haben die bürgerlichen Parteien natürlich überhaupt nichts übrig.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der neu erbauten Dampfbäckerei „Danla“ bei.

Für die Feiertage

Lebensmittel enorm billig

Weissweine

inkl. Flasche

Clüsserather	1/4 Fl.	75 Pf.
Deidesheimer	1/4 Fl.	95 Pf.
Zeltinger	1/4 Fl.	125 Pf.
Berncastler	1/4 Fl.	140 Pf.
Rüdesheimer	1/4 Fl.	140 Pf.
Erdner Treppchen	1/4 Fl.	185 Pf.
Winkler Hasensprung	1/4 Fl.	195 Pf.

Bordeauxweine

inkl. Flasche

Rotwein	1/4 Fl.	60 Pf.
Medoc	1/4 Fl.	70 Pf.
St. Julien	1/4 Fl.	85 Pf.
St. Emilion	1/4 Fl.	110 Pf.
Chateau Beauval	1/4 Fl.	135 Pf.
Beichevelle	1/4 Fl.	160 Pf.
Chateau Beaumont	1/4 Fl.	175 Pf.

Schaumweine .: Säfte

inkl. Steuer und Flasche

Bowlen-Sekt	1/4 Fl.	95 Pf.
Rhein-Sekt	1/4 Fl.	185 Pf.
Kaiser-Sekt	1/4 Fl.	210 Pf.
Perles d'Or	1/4 Fl.	250 Pf.
Krone des Rheingau	1/4 Fl.	295 Pf.
Himbeer-, Erdbeer-, Johannisbeer-, Zitronen-, Apfelsinen- und Kirschensaft	1/4 Fl.	115 Pf.
	1/2 Fl.	60 Pf.

Maitrank trinkfertig 2 Flaschen 95 Pf.

Apfelwein alkoholarm 3 Flaschen 95 Pf.

Kompott-Früchte.

Aprikosen	2 Pfd. 1 Pfd.-Dose	95 Pf. 50 Pf.
Pfirsiche		95 Pf. 50 Pf.
Ananas in Würfel		140 Pf. 75 Pf.
Apfelmus		60 Pf. 35 Pf.
Birnen		60 Pf. 35 Pf.
Mirabellen		60 Pf. 35 Pf.
Heidelbeeren		55 Pf. —
Kirschen mit Stein		60 Pf. 35 Pf.
Kirschen ohne Stein		75 Pf. 40 Pf.
Melange-Früchte extra		100 Pf. 55 Pf.
Melange-Früchte		75 Pf. —
Reineclauden		— 40 Pf.

Gemüse. Marmeladen. Früchte.

Frischobst-Gelé (Keiller) Glas	75, 65, 55 Pf.
Gem. Marmelade	5 Pfd.-Eimer 125 Pf.
Viktoria-Mus	" " 125 Pf.
Apfel-Marmelade	" " 160 Pf.
Johannisb.-Marmel.	" " 210 Pf.
Aprikosen-Marmel.	" " 235 Pf.
Misch-Honig (Honig-Ersatz)	3 Glas 95 Pf.
Zitronen saftig	12 Stück 48, 38, 30 Pf.

Stangen-Spargel
extra stark stark mittel
Pfd. 48 Pf. Pfd. 38 Pf. Pfd. 28 Pf.

Gurken Stück 32, 28 Pf.

Fleischwaren. Käse. Lachs.

Zerelatwurst	Pfd.	115 Pf.
Salamiwurst	Pfd.	95 Pf.
Mettwurst grobe	Pfd.	78 Pf.
Gothaerwurst	Pfd.	140 Pf.
Schinken roh und gekocht	Pfd.	140 Pf.
Schweizerkäse saftig	Pfd.	68 Pf.
Goudakäse alter	Pfd.	95 Pf.
Tilsiter fett	2 Pfd.	95 Pf.
Holländer pikant	3 Pfd.	95 Pf.
Eidamer fett	Pfd.	78 Pf.
Limburger echt	Pfd.	36 Pf.
Lachs geräuchert	im Pfund	95 Pf.

Fliegenschranke extra st. Ausführung 11⁵⁰ 980 6⁹⁰ Mk.

Amerikanische Eismaschinen 1 Quart. 2. Quart. 4. Quart. 6⁹⁰ 8⁵⁰ 12⁵⁰ Mk.

Käseglocken geschliffen gepreßt 1⁷⁵ 1⁴⁵ 60 48 Pf.

Zitronenpressen extra groß 10 Pf.

HOLSTENHAUS LÜBECK

G. m. b. H. Holstenstrasse.

Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphil. Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Comp., Johannisstr. 46. und deren Kolporteure. Johannisstr. 46.

Die

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfehlen

zum Pfingstfeste ihren sehr beliebten und schmackhaften

Topfkuchen

welcher sich vorzüglich zum Mitnehmen als Mundvorrat für Touren eignet, sowie

Platenkuchen

in bekannter vorzüglicher Qualität.

Ferner:

Grobbrot, Feinbrot und sonstige Backwaren.

Sämtliche Backwaren

werden aus bestem, größtenteils in eigener Mühle fabriziertem Mehl hergestellt.

Der Vorstand.

Schweizer u. Holländ. Käse

Pfund 80 Pfg. und 1 Mark.

Fetter Tilsiter Käse

Pfund 40 und 60 Pfg.

Butterhandlung „Zur Krone“

Markt 9.

Breitestr. 70.

2-3000 Ltr. Buttermilch an einem Tage

lieferte die Hansa-Meierei bei heißem Wetter. Bester Beweis für die Wertschätzung der Buttermilch als Getränk. Alle Verkäufer und Verkäuferinnen der Hansa-Meierei führen dieselbe.

Liter 8 Pfg., Flasche 5 Pfg.

Eine zusammengebrochene Verleumdung.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sah sich genötigt, die ehemaligen Verbandsmitglieder und Angestellten Spaniol und Heinen zur Rechenschaft zu ziehen wegen unerhörter Verdächtigungen, die die Genannten gegen die Verbandsverwaltung verbreitet hatten. Die Hauptverleumdung war, es seien 10 000 Mk. von dem Verbandskassierer unterschlagen worden. Da die Verbreiter dieser Verleumdungen, dazu vom Vorstand aufgefordert, den Beweis für ihre Behauptungen nicht zu erbringen vermochten, aber auch nicht Anstandsgefühl genug besaßen, den Verleumdeten die ihnen zustehende Genugtuung zu geben, so schloß der Verbandsvorstand die beiden aus dem Verband aus. Gegen Heinen wurde gerichtlich vorgegangen, mit dem Resultat, daß vor Gericht sich die sämtlichen Anschuldigungen gegen die Verbandsverwaltung als beweisloses Geschwätz und krankhaftes Phantasieprodukt erwiesen. Heinen wurde gerichtlich verurteilt.

Das hielt ihn und seinen Kumpan Spaniol nicht ab, trotzdem in von ihnen einberufenen Versammlungen (Schmidthorst usw.) die schwersten Verleumdungen gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu wiederholen. Diefür hat der Vorstand gerichtliche Klagen angestrengt gegen seine Verdächtigen und Verleumder und zieht auch alle diejenigen gerichtlich zur Rechenschaft, die sich zu Weiterverbreitern der Verleumdungen gemacht haben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die „allerschlimmste“ Zentrums- und Zentrums-gewerkevereinspresse, die auch diesmal, stets gierig auf Mißkreditierung der Bergarbeiterverbandsführer, sich den „fetten Happen“ nicht entgehen lassen. Es versteht sich von selbst, daß die Stöckerpresse und die Ablagerungsstätten der Reichsliggenverbandskorrespondenz sich der wesensverwandten Zentrumspresse anreihen.

Vom „Gewerkverein christlicher Bergleute wurde, um die Aufmerksamkeit der über das Verhalten des Generalsekretärs Behrens beim Reichsvereinsgesetz empörten Bergarbeiter abzu lenken, eigens ein ungeheuerliches Sudelblatt massenhaft verteilt, worin die Behauptungen Spaniols und Heiners über „Selbstunterschlagung seitens der Verbandsverwaltung“ usw., zentrumschristlich ausgeschmückt, der Arbeiterschaft mitgeteilt wird. Das Sudelblatt ist auf dem Zentralbureau des Zentrums-gewerkevereins fabriziert und gedruckt worden in der Zentrumsdruckerei, die alle offiziellen Gewerkevereinsdruckereien herstellt! Aber der Verfasser fühlte wohl selbst, wie wenig sich dieses Sudelblatt mit der heuchlerisch versicherten Einigkeits- und Wahrheitsliebe verträgt, deshalb ließ man es von einer nicht näher bezeichneten „Bezirksleitung“ unterzeichnen. Im Gewerkevereinsorgan postiert man mittlerweile den „eifrigen Einigkeitsfreund“, der zu „vornehm“ ist, sich mit den „Genossen“ herumzuschlagen. Aber auf Kosten der „christlichen“ Kasse wird gleichzeitig ein fürchterliches Sudelblatt gegen die Ehre der Bergarbeiterverbandsleiter massenhaft an die Arbeiterschaft verteilt. Natürlich sind auch die Drucker und Herausgeber des Sudelblattes zur gerichtlichen Verantwortung gezogen.

Wie die Prozesse gegen die Verleumder und die Verbreiter der Verleumdungen ausfallen werden, das ist schon jetzt entschieden.

Der Verbandskassierer Kamerad Horn

hat es vorgezogen, nicht erst die Erledigung der Privatklagen abzuwarten, sondern gleich vor die richtige Schlichte zu gehen. Horn hat den Staatsanwalt aufgefordert, gegen ihn (Horn) wegen angeblicher Geldunterschlagung vorzugehen! Die Selbstanzeige lautet:

Anzeige des Kassierers Paul Horn zu Bochum, Wiemelhauserstr. 42 gegen sich selbst.

In der Privatverleumdungsklage des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gegen den Bergmann Johann Heinen zu Steele hat in der am 12. Februar 1908 vor dem Königl. Amtsgericht in Steele stattgefundenen Hauptverhandlung der Angeklagte Heinen sowie auch der als Zeuge vernommene Arbeiterssekretär Spaniol bekundet, mir, dem Unterzeichneten, hätten am Jahreschlusse 1903 10 000 Mk. in der Verbandskasse gefehlt.

Da diese Bekundungen vor Gericht gemacht wurden, erwartete ich ein Ermittlungsverfahren der Königl. Staatsanwaltschaft gegen mich. Weil ein solches bis dato noch nicht eingeleitet ist, stelle ich hierdurch ausdrücklich den Antrag:

Gegen meine Person das Ermittlungsverfahren wegen Unterschlagung oder Untreue einzuleiten. Nachbenannte Personen können über die derzeitige Geschäftsführung und Kasserverhältnisse aussagen. (Folgen die Namen von 16 Personen, die nach der Behauptung von Spaniol, Heinen und Genossen Kenntnis von der angeblichen Unterschlagung haben sollten.)

Ich bin auch zur Vorlegung der Geschäftsbücher bereit.

Bochum, den 9. März 1908. Paul Horn.
An den Herrn Königl. Ersten Staatsanwalt zu Bochum.

Weiter sandte Horn noch folgende Ergänzung der Selbstanzeige an die Staatsanwaltschaft, um ihr nach Kräften in der Ermittlungssache behilflich zu sein:

Verrißt Anzeige des Kassierers Paul Horn zu Bochum, Wiemelhauserstraße 42, gegen sich selbst, wegen Unterschlagung und Untreue.

Meine Anzeige vom 9. März 1908 ergänze ich hierdurch noch durch nachstehende Angaben.

Der in der Anzeige genannte frühere Arbeiterssekretär Johann Spaniol zu Oberhausen hat in der Gerichtsverhandlung gegen den Bergmann Johann Heinen zu Steele seine Aussage, mir hätten am Jahreschlusse 1903 10 000 Mark in der Kasse gefehlt, noch dadurch ergänzt, daß er sagte, er mache die Bekundung auf Grund von ihm angelegter attemmäßiger Aufzeichnungen. Nach den Aufzeichnungen Spaniols soll am 8. Mai 1904 der in meiner Anzeige als Zeuge benannte Johann Götte zu Spaniol gesagt haben, er sei vergangene Woche in Bochum zur Revision der Verbandskasse gewesen und habe schwer arbeiten müssen, denn es fehlten 10 000 Mk. in der Verbandskasse.

Götte gehörte damals dem Kontrollauschuß an und bestritt ganz entschieden dem Spaniol solches gesagt zu haben.

Spaniol ist vom Vorstand unseres Verbandes wegen dieser Verleumdungen aus dem Verband ausgeschlossen worden.

Auf seine Beschwerde an den Kontrollauschuß hat dieser nach eingehender Prüfung den hier gedruckt beiliegenden Beschluß gefaßt.

Die Vernehmung der von mir angegebenen Zeugen wird ergeben, daß niemals auch nur das geringste an meiner Kassenerführung zu monieren war.

Bochum, den 30. März 1908. Paul Horn.

Die Staatsanwaltschaft hat darauf das Ermittlungsverfahren eingeleitet und eine Reihe Personen, darunter den Hauptanschuldiger Spaniol vernommen! Was bei der wochenlang geführten Untersuchung herausgekommen ist, befaßt folgendes Schreiben der Staatsanwaltschaft:

Bochum, den 25. Mai 1908.
Der Erste Staatsanwalt
7. 3. 218/08

Auf Ihre gegen sich selbst gerichtete Anzeige vom 9. März dieses Jahres teile ich Ihnen mit, daß ich das Verfahren eingestellt habe. Die stattgehabten Ermittlungen haben keine Inhaltspunkte dafür ergeben, daß Sie Gelder unterschlagen oder veruntreut hätten.

In Vertretung.
Wagenet.

An den Kassierer Herrn Paul Horn in Bochum.

Damit ist die ganze von gewissenlosen Menschen gegen die Verbandsverwaltung inszenierte Verleumdungshektik kläglich zusammengebrochen! Die Staatsanwaltschaft, der nach Belieben Zeugen und auch die Geschäftsbücher des Verbandes zur Verfügung standen, erklärt, es seien weder Unterschlagungen noch Veruntreuungen vorgekommen!

Das Wahlbündnis.

Verjammlung konservativer und liberaler Vertrauensmänner.

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Knöterich: Es kommen drei Mandate in Betracht. Auf ein Kompromiß mit dem Freisinn können wir uns nur unter der Bedingung einlassen, daß alle drei Landtagsmandate der konservativen Partei vorbehalten werden.

Eine schüchterne Stimme: Oh!

v. Knöterich: Oh? Ja, meine Herren, wenn Sie Bedenken tragen, meinen Vorschlag anzunehmen, dann können Sie uns...

Die Stimme: O! Wir können gar nichts!

v. Knöterich: O? Der anonyme Zwischenrufer mag seine D's und O's öffentlich vorbringen. Ich denke aber, die übrigen Herren vom Freisinn werden vernünftig genug sein, dem betreffenden Herrn den Standpunkt klar zu machen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Oberlehrer Kotau: Wir begreifen und billigen vollkommen die Enttäuschung des verehrten Herrn Vorredners. Dagegen fragen wir uns, was denn unseren Fraktionsgenossen Dr. Pämmling zu seinen deplacierten Zwischenrufen veranlaßt haben mag, die durchaus nur geeignet erscheinen, die Verhandlungen für uns unfruchtbar zu gestalten. (Sehr richtig! auf allen Seiten.)

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Pämmling: So schlimm war es ja gar nicht gemeint. Ich glaubte nur die Form, in der der verehrte Herr Kollege v. Knöterich...

Kotau: Ich sollte meinen, über Formfragen brauchen wir uns jetzt nicht aufzuhalten. (Sehr richtig!) Als ich das letzte Mal beim Herrn Reichskanzler war, um wegen der liberalen Garantien anzufragen — es war im Januar —, da hat er mich zwar liebenswürdig, aber doch auch kurz und bestimmt, ja, ich möchte sagen: recht wenig förmlich empfangen. (Zuruf des Abg. v. Knöterich: Gott, — unter Glockenfreunden!) Eben; das denke ich auch. Darum habe ich mich auch damals gehütet, über Formfragen zu reden. Wir dürfen die Form nicht über die Sache stellen. (Lebhafter Beifall.)

Der Mann im „King Edward“.

Kriminal-Roman von Friedrich Thieme.

(88. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Dieses Mädchen ist Fräulein Hase?“ fragte ich.

„So ist es.“

„Und sie ist keine Verwandte von ihm?“

„Es ist die Tochter des einzigen Wesens, das er je geliebt. Er stand im Begriffe, ihre Mutter zu heiraten, als diese, dem Drängen ihrer Familie nachgebend, einem höheren Offizier den Vorzug gab. Doch die Ehe war leider keine glückliche, obwohl ihr drei Kinder entsprossen, zwei Söhne und ein Mädchen. Die Söhne waren von Geburt an sehr schwächlich und starben bald, das Mädchen, das letztegeborene Kind, ward nach dem frühen Tode der Mutter vernachlässigt, und als auch einige Zeit darauf der Vater in einem Duell fiel, blieb die Waise ganz mittellos zurück. Doch genug davon — es gehört nicht eigentlich zur Sache. Kehren wir zu Mario von Stolten zurück, der ganz und gar in die Fußstapfen seines Vaters trat. Er trieb alle sogenannten noblen Passionen, wettete, spielte, nahm an Rennen teil, er lebte sogar vom Spiel und ich will mir kaum anmaßen, zu sagen, ob er sich immer streng an die Regeln des ehehlichen Spiels hielt.“

„Aber sein Vermögen — er brauchte doch viel Geld, um standesgemäß in Paris aufzutreten — stammt es von seiner Frau?“

„Nein. Diese lernte er in Rom kennen, und zwar ist sie nicht, wie er überall ausgebreut, aus dem angesehenen und reichen Geschlecht der Castellaro, sondern Lucia Silvani war nicht mehr und weniger als eine Zirkusreiterin!“

„Also doch! Daher ihre unübertreffliche Reittkunst — daher ihr Interesse für mich, als ich erzählte, daß ich bereits in einem Zirkus beschäftigt gewesen.“

Ganz recht. Marchese Castellaro besitzt allerdings auch eine Tochter Lucia, welcher der Baron Stolten kurze Zeit den Hof gemacht hat. In diesen zwei Tatsachen wurzeln sämtliche Beziehungen, welche, wenn man so sagen will, die Baronin mit der Familie verknüpfen. Lucia Silvani ist die Tochter eines Friseurs in Rom, ihre Mutter war eine Deutsche aus den Ostseeprovinzen, die als Boie mit ihrer Herrschaft nach Italien kam

und dort ihren zukünftigen Mann kennen lernte und heiratete. Lucia zeigte schon von Jugend auf einen abenteuerlichen Charakter. Ihre Schönheit erregte allenthalben Aufsehen und entfachte einen Ehrgeiz und Größenwahn in ihr, der immer gebieterischer nach Vertiefung verlangte. Schließlich vermachte sie aus dem elterlichen Hause, um auf eigene Faust ihr Glück zu versuchen, sie tauchte erst nach Jahren mit einem Zirkus wieder auf, als dessen Stern sie bezaubernde Triumphe feierte. Sie war natürlich von der jeunesse dorée unerschwärt, aber mit ihrer Schönheit verband sie die Klugheit der Schlangen. Sie wollte kein Opfer sein, sondern aus ihren Anbetern Opfer machen. Einer derselben war der reiche Signor Ricciardi. Wegen seines Reichtums bevorzugte sie ihn, er legte ihr sein großes Einkommen zu Füßen und sie half dem Verschwender getreulich, es zu mindern. Er liebte sie mit wahnsinniger Glut, erfüllte jede ihrer Launen. Ihr Bestreben war sein einziges Ziel, aber Lucia vertrittete ihn von Woche zu Woche unter allerhand Vorwänden. Ihr war an seiner Person nichts gelegen, und sein Geld, meinte sie, gehörte ihr ohnehin bis zum letzten Heller. Außerdem befaß er nur noch einen traurigen Rest und dann würde ihr die zweifelhafte Mission zufallen, einen ungeliebten Mann zu ernähren. Inzwischen erblickte sie Baron von Stolten, auch er erglühete in Leidenschaft und ihm reichte die Listige die Hand, obgleich er weit ärmer war als der ruinierte Signor, doch war es ihr auch in diesem Falle nicht um ihn, sondern um seinen Adelstitel zu tun. Eine Frau Baronin zu werden, erschien ihr als bedeutender Schritt auf der Leiter ihres Ehrgeizes. Ricciardi mochte protestieren, soviel er wollte, die Ehe mit Stolten kam zustande. Die Neuvermählten lebten vergnügt in Italien und an der Riviera auf Kosten der Gimpel, welche Lucia in ihr Netz zog. Zu ihnen gehörte bald auch wieder Ricciardi, der auf die Dauer nicht von dem schönen Weibe lassen konnte, und er ist es wohl gewesen, dessen Beutel in der Hauptsache die Kosten des Pariser Aufenthalts tragen mußte.

Ich teilte ihm mit, daß derselbe Ricciardi seit einiger Zeit Gast des Barons sei und daß ich ihn für denjenigen gehalten habe, der im Auftrage des Barons den Streich geführt habe.

Nach Ihrer Darstellung,“ schloß ich bedenkenlos, „ist er jedoch ein reicher Mann — dazu habt er seinen Nebenbuhler — sollte er sich unter diesen Umständen bereit haben finden

lassen, zugunsten des Barons einen Mord auf sein Gewissen zu laden?“

„Sie vergessen, Mr. Ralphson, daß er gänzlich der Suggestion der schönen Lucia unterlag. Er ist welches Wachs in ihren Händen. Wer weiß, was sie ihm alles versprochen hat.“

„Das wäre die einzige Erklärung. Doch fahren Sie fort.“

Böckel entgegnete: „Ich habe nicht viel mehr hinzuzusetzen. Mögen die Beweggründe des Italiens gewesen sein, welche sie wollen — es kann außer ihm keine andere Persönlichkeit in Frage kommen. Jedenfalls befand sich der Baron mit seiner Gemahlin, während die Tat geschah, in Paris, Signor Ricciardi war dagegen nicht dort. Wo war er während der ganzen Zeit? In Monte Carlo, wo sich der Baron zuletzt aufhielt, waren sie noch zusammen. Ja, sie waren ein Herz und eine Seele und sind, wie mir mit vieler Mühe gelungen ist, festzustellen, zusammen abgereist. Wo sie sich getrennt, weiß ich nicht, in Paris trafen der Baron und seine Gemahlin allein ein. Ich folgte dann den Spuren des Stoltenischen Paares von Paris aus. Sie haben die französische Residenz verlassen, sobald sie die Benachrichtigung vom Tode ihres Onkels empfangen. Es gelang mir, ihre Reize bis nach... zu verfolgen. Dort haben sie sich nach England eingeschifft, um an der Begräbnisfeier teilzunehmen. In Havre wohnten sie im Hotel Saliere. Dort sind sie mit einem Herrn zusammengetroffen, der nach der Beschreibung ein Südländer sein mußte, also zweifellos Signor Ricciardi war.“

„Dann ist er und kein anderer der Mörder!“ rief der Justizrat überzeugt.

„Er und kein anderer“, betonte auch ich. „Wenn nur der Nachweis schon erbracht wäre.“

„Sie haben noch nichts auszurichten vermocht?“ fragte Böckel.

Ich wiederholte kurz das Resultat meiner Nachforschungen. „Wie die Dinge liegen“, setzte ich hinzu, „müß alle Kunst versagen. Wir haben zwar Verdachtsgründe genug, um eventuell einen Haftbefehl gegen beide Kumpane zu erwirken, aber ich gehe jede Wette ein, die Untersuchung müßte bei der Geriebenheit des Burschen fruchtlos verlaufen. Inzwischen bleibt kaum etwas anderes übrig, als zu diesem äußersten Mittel zu schreiten. Baron Stolten geht nicht nur verschwenderisch mit dem Raub um, an den

v. Knöterich: Wir nehmen also an, daß die Freilichtungen mit unserem Vorschlag einverstanden sind.

Dr. Gämmling: Es wäre nur eines zu bedenken.

v. Knöterich: Nun? Aber das sage ich Ihnen gleich; von einem Entgegenkommen unsererseits kann keine Rede sein. Ganz besonders, was das Landtagswahlrecht anbetrifft. Da verstehen wir nämlich keinen Spaß.

Kotau: Der verehrte Herr Vorredner kam vollkommen beruhigt sein. Unser Kollege Gämmling ist ein junger Heißsporn. Ich möchte ihn einem Hengste vergleichen. Aber damit kommt man in der Politik nicht durch. Auch wir waren Hengste. Aber wir haben einsehen gelernt, daß man als Wallach viel besser durch die Welt kommt. (Zuruf bei den Konservativen: Schöne Blocke!) Wir haben nie Anspruch darauf erhoben, in dieser Gabe der männliche Teil zu sein. (Der weibliche?) Gewissermaßen der sächliche, der, was die Sache anbetrifft. (Der nebenläufige!) Aber meine Herren Konservativen, Sie dürfen uns nicht so mit Spott begegnen. (Sonst?) Sonst? Ja, sonst würden wir doch wohl genötigt sein, dagegen Stellung zu nehmen.

v. Knöterich: Soll das vielleicht heißen, daß Sie beabsichtigen, eventuell kein Kompromiß mit uns zu schließen?

Kotau: Das meine ich natürlich nicht. Aber wir würden uns doch genötigt sehen, unter Hinweis auf unsere Prinzipien die Art und Weise, in der uns die Herren Konservativen begegnen, einigermaßen zu bedauern. Wir sind zu jeder Unterfertigung bereit.

v. Knöterich: Ich denke, wir haben uns jetzt genügend ausgesprochen. Ich richte zum Schluß noch an die Freilichtungen die energische Aufforderung, nach besten Kräften für uns zu agitieren. Bedenken Sie immer, daß Sie im Bloß nur gebildet sind!

Kotau: Ich wollte nur noch im Auftrage einiger meiner Fraktionsfreunde anfragen, was der Herr Kollege v. Knöterich vorhin mit der Bemerkung: „Dann können Sie uns...“ sagen wollte. Ich will nicht annehmen, daß er im Sinne jenes Götz gesprochen hat.

v. Knöterich: Den Abgeordneten Götz keine ich nicht. Ich habe also auch nicht in seinem Sinne sprechen können. Ich habe natürlich gemeint: „Dann können Sie uns den Ductel runter rutschen.“

Kotau: Dann sind wir vollkommen beruhigt. Besten Dank. — Darf ich Sie bitten, einzustimmen in den Ruf: „Es lebe der Liberalismus!“

Alle Anwesenden: Hoch — hoch — hoch!

Soziales und Parteileben.

Achtung, Maler! In auswärtigen bürgerlichen Zeitungen werden von der Malermeistervereinigung in Mannheim 200 Maler und Ländler gerächt. Es ist dies um so auffälliger, als in Mannheim noch nicht alle der Ausgesperrten untergebracht sind. Es hat demnach den Anschein, als ob Maßregelungen an einzelnen Gehilfen vorgenommen werden sollte. Wir raten deshalb den Gehilfen obiger Branchen zur Vorsicht bei Arbeitsgelegenheit nach Mannheim. Auf alle Fälle mögen sich die zureisenden Gehilfen im Bureau F. 49 II. betragen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieses ersucht. Verband der Maler Mannheims.

Der siebente internationale Textilarbeiterkongress, der vom 25. bis zum 30. Mai in Wien abgehalten wurde, war besonders bedeutungsvoll und interessant. Praktisch bedeutungsvoll für die internationale Textilarbeiterorganisation selbst durch die Beschlüsse, wodurch ein mindestens alle Monate einmal erscheinendes internationales Korrespondenzblatt geschaffen wird und ein internationaler Streikfonds gegründet werden soll mit einem Jahresbeitrag von 10 Zentimes pro Mitglied. Allgemein interessant aber nicht nur wegen der Wichtigkeit dieser Verhandlungen für die Arbeiter einer der bedeutendsten Weltindustrien, sondern vor allem durch das Bild, das dieser Kongress von dem Kampfe aller der modernen Arbeiterbewegung innewohnenden Tendenzen bot. Was die Verhandlungen in besonderen bezog, war der Gegensatz der nurgewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen, oder wie es sich hier zeigte, der „englischen“ und der „deutschen“ Auffassung über die Gewerkschaftsbewegung. Da die italienische Organisation nicht vertreten war und der französische Textilarbeiterverband im Gegensatz zu den übrigen Verbänden der Arbeitskonföderation sozialdemokratisch ist, so war die sogenannte „revolutionär-syndikalistische“ Richtung nicht vertreten. Dadurch gewann das Bild des großen Tendenzkampfes aber

eben an Klarheit, denn der französisch-italienische Syndikalismus ist kaum als etwas mehr zu betrachten, denn als eine durch besondere, vorübergehende politische Zustände in diesen Ländern verursachte Kinderkrankheit der Gewerkschaftsbewegung. Mit der deutschen und der englischen Gewerkschaftsauffassung standen aber die großen revolutionären und die konservativen Tendenzen, die der Gewerkschaftsbewegung überhaupt innewohnen, einander gegenüber. Die sozialdemokratische Auffassung wurde hauptsächlich durch die deutsche Delegation, die in energischer und umsichtiger Weise durch ihre internationalen Vertrauensmänner Rüssel und Wagner vertreten war, vertreten. Mit ihr gehen alle übrigen Organisationen des Festlandes, mit Ausnahme von Zeit zu Zeit der Belgier, die in einigen speziellen Berufszweigen die Auffassung der Engländer teilen. Diese kontinentalen Organisationen zusammen haben seit dem vorigen Kongress (Malland 1905) die Mitgliederzahl der Engländer übertraffen. Auf dem Wiener Kongress prallten die Meinungen fast bei jeder wichtigen Frage aufeinander. Nur in der Frage des Achtstundentages gingen die Engländer zum ersten Male mit den „Kontinentalen“, da sie seit dem vorigen Kongress ihren ablehnenden Standpunkt dem gesetzlichen Achtstundentage gegenüber ausgegeben haben. Am heftigsten wurde die Frage des Verbotes der Kinderarbeit in den Sitzungen des Komitees umstritten. Die Deutschen hatten die Forderung des Verbots jeder industriellen Erwerbsarbeit für alle unter 14 Jahre alten Kinder in einer Resolution niedergelegt. Die Engländer wollten davon nichts wissen, weil ihre Mitglieder kaum für die Altersgrenze von 18 Jahren zu haben seien, unter dem Vorwande, daß die Fachausbildung darunter leide, wenn die Lehre später anfängt — in Wirklichkeit aber, weil die größte Anzahl der organisierten Textilarbeiter Englands mit den von ihnen bezahlten Kindern als Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen arbeiten, deren Arbeitskraft sie ausbeuten. Nachdem die Österreicher erklärt hatten, daß sie auch nicht für die deutsche Resolution zu haben seien, weil bei ihnen die Altersgrenze von 14 Jahren schon bestehe und diese ihnen deshalb zu niedrig sei, begingen die Deutschen den Fehler, ihre Resolution zurückzuziehen, so daß man einfach über die „Abfassung der Kinderarbeit“ ohne Altersgrenze abstimmte. Es wäre viel richtiger gewesen, dem Exekutivprogramm entsprechend die Altersgrenze von 16 Jahren vorzuschlagen, auf die „Gefahr“ hin, die Engländer in die Opposition zu treiben. Zu solchen Fragen sind Kompromisse nicht wünschenswert, insbesondere hier, wo es im Grunde den Gegensatz zwischen dem Arbeiter- und dem Unternehmerstandpunkt galt, zwischen denen ein Kompromiß eine Ungeheuerlichkeit ist. Dagegen ist es zu begrüßen, daß in den praktischen Fragen des Streikfonds und des internationalen Sekretariats ein Kompromiß zustande gekommen ist, und insbesondere wenn man davon abgesehen hat, durch eine Verlegung des Sitzes der internationalen Verbindung von England nach Deutschland die Engländer gewissermaßen zu zwingen, aus der internationalen Verbindung auszutreten. Der englische internationale Sekretär hat, wenn auch durch das stete Drängen der deutschen Delegation, während der letzten drei Jahre gute Arbeit geleistet. Außerdem sind die kontinentalen Organisationen dadurch, daß der Sitz der Internationalen in England bleibt, genötigt, ununterbrochen einen Druck auf die Engländer auszuüben, und dabei ihren sozialistischen Standpunkt mit größter Energie zu vertreten, während die Engländer ihrerseits auf die Gefahr hin, das Sekretariat zu verlieren oder ausgestoßen zu werden, zu einer steten Annäherung zu dem kontinentalen Standpunkt angeprompt werden. Im übrigen hat es sich auf dem Kongress deutlich gezeigt, daß die sozialdemokratische Strömung unter den Engländern selber viel Feld gewinnt. Im ganzen bot also der Kongress ein erhebendes Bild nicht nur des Fortschritts der internationalen Arbeiterbewegung, sondern auch des Wachstums des Sozialismus in ihr und durch sie, da gleichzeitig die sozialistischen Organisationen und der sozialistische Geist in jenen, die es noch nicht sind, unaufhaltsam fortschreiten.

Der Arbeiterkatalogenbuch und „Syntex Krens“ hält während der Pfingstfeiertage in Elberfeld seinen achten Bundestag ab.

Französische Gewerkschaftskongresse. Während der letzten Wochen haben eine große Anzahl französischer Gewerkschaften ihre Kongresse abgehalten, darunter die der Eisenbahner, Bauarbeiter und Bergarbeiter, die größten Gewerkschaften Frankreichs. Die Eisenbahner gehören zum reformistischen Flügel, die Bauarbeiter zum revolutionären, während die Bergarbeiter noch außerhalb der Konföderation der Gewerkschaften stehen und verschiedene Richtungen aufweisen. Der interessanteste Kongress war zweifellos der der Bauarbeiter, weil er am deutlichsten

die neuen Tendenzen, die sich innerhalb der französischen Gewerkschaften geltend machen, zum Ausdruck brachte. Der Verband der Bauarbeiter ist in seiner heutigen Form allerdingstens datums. Ein erster Bauarbeiterverband zerfiel im Jahre 1901 am Föderalismus. Der Föderalismus ist eines der am hartnäckigsten verteidigten Prinzipien des Syndikalismus des revolutionären Nurgewerkschaftstums, von dem er ja schließlich auch seinen Namen hat. Die Organisationsbasis ist das Syndikat, der lokale Fachverein. Um die „Autonomie“ der Syndikate aufrecht zu erhalten, werden möglichst niedrige Beiträge an die Zentralfstelle gezahlt, wodurch natürlich die Verbandsleitung außerstande ist, den hilfsbedürftigen Organisationen wirksam zu Hilfe zu kommen. Eine Folge davon ist, daß die Arbeitsverhältnisse in den kleinen Provinzorten unverhältnismäßig schlechter sind als in den größten Städten. Während der Pariser Maurer, z. B. 8 Frks. 50 Cts. bei zehnstündiger Arbeitszeit verdient, gibt es noch viele Gegenden, wo die Maurer nur 2 bis 3 Franks bei 12—13stündiger Arbeitszeit verdienen. An dieser Ohnmacht der Zentrale ist der erste Bauarbeiterverband zugrunde gegangen. Es gründeten sich dann verschiedene Berufsorganisationen, die jedoch, da sie gleichfalls möglichst billig sein wollten, nicht vorwärts kamen. Der 1. Mai 1906 hat den Grund zum neuen Bauarbeiterverband gelegt. Der Gewerkschaftskongress von Bourges (spr. Duhrsch) im September 1904 hatte beschlossen, eine allgemeine Agitation zu entfalten, um am 1. Mai 1905 allgemeine Manifestationen zugunsten des Achtstundentages zu veranstalten und schließlich am 1. Mai 1906 den Achtstundentag überall durchzuführen. Weder die Form noch der Inhalt dieses Beschlusses war neu. Er war nur eine Wiederholung des Beschlusses des nordamerikanischen Gewerkschaftskongresses von Pittsburg im Jahre 1884, der gleichfalls den Achtstundentag am 1. Mai 1886 einführen wollte. Diesen Gedanken hatten unsere französischen Genossen aufgegriffen, als sie auf dem internationalen Kongress in Paris im Jahre 1889 beantragten, am 1. Mai 1890 allgemein zugunsten des Achtstundentages zu demonstrieren. Und auf dem französischen Gewerkschaftskongress von Calais, im Jahre 1890, sagte unser Genosse Pedron, genau wie die Syndikalisten 14 Jahre später in Bourges: „Am Tage nach dem 1. Mai werden wir in die Fabriken zurückkehren, aber nachdem wir acht Stunden gearbeitet haben, werden wir sie verlassen.“ Daraus hat sich unser 1. Mai entwickelt. Die Syndikalisten waren fast fatalerweise zu dem Beschlusse von Bourges gekommen, um den Reformisten, mit denen sie in erbitterter Fehde lagen, zu zeigen, daß der revolutionäre Generalstreik gehen kann. Der Millerandismus, die Veruche von Waldeck-Roussau und Millerand, die Gewerkschaften durch Konzessionen und Subventionen vor den Regierungswagen zu spannen, hatten naturgemäß eine Gegenaktion in den Gewerkschaften hervorgerufen, wodurch die Syndikalisten die Vorherrschaft in den Gewerkschaften im Jahre 1900 erlangten. Obwohl die Achtstundentagsbewegung vom 1906 mit einem totalen Misserfolg endigte, hatte sie doch zwei Wirkungen von großer Tragweite: Einmal wurden die Syndikalisten von ihrer metaphysischen Generalstreikidee geheilt, wenn diese Wirkung bis heute auch noch uneingestanden ist, und zweitens hatte sie die Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund bei Lohnkämpfen gedrängt. Bisher war die Verkürzung der Arbeitszeit sehr vernachlässigt worden, was in einem Lande, wo die Industrie noch vorwiegend handwerksmäßig betrieben wird, sich leicht erklärt. Obwohl in Frankreich der gesetzliche Feiertag für alle Betriebe, wo auch weibliche oder jugendliche Personen beschäftigt sind, vorgeschrieben ist, ist eine kürzere Arbeitszeit selbst in Paris noch eine ziemlich rare Ausnahme. Die Bauarbeiter, und darunter besonders die Pariser Bauarbeiter, waren eine jener Berufsgruppen, die sich am stärksten an der Achtstundentagsbewegung beteiligten hatten. Der Misserfolg gab endlich den Anstoß zum festeren Zusammenschluß der stark zersplitterten, aber sehr schwachen Syndikate, so daß zu Ostern 1907 die Gründung eines neuen Bauarbeiterverbandes zustande kam. Während die verschiedenen Berufsverbände 12—14 000 Mitglieder waren, zählt der neue Verband bereits 50 000—55 000, wovon etwa 25 000 in Paris allein. Von den Beschlüssen des Kongresses heben wir hervor die Erhöhung der Zentralbeiträge von 10 auf 15 Cts. monatlich und die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher und Karten. Von den Beiträgen, sowie von der zu 10 Cts. aus gegebenen Jahreskarte sollen je 5 Cts. zu einem Widerstandsfonds verwendet werden, um die schwachen Organisationen in ihren Lohnkämpfen zu unterstützen. Es wird hierzu eine allgemeine Statistik aufgenommen und dann soll bezirksweise, zunächst, wo es am notwendigsten ist, vorgegangen werden. Es bricht sich also auch hier, unter dem Zwange der ökonomischen Entwicklung, ein methodisches Vorgehen Bahn. Außerdem wäre zu vermerken, daß an den nächsten Gewerks-

er kein Recht hat, er scheint auch entschlossen, sich des Landhauses so schnell als möglich zu entledigen. Er fühlt sich nicht sicher hier. Findet er einen Käufer, der halbwegs ein anständiges Gebot tut, so ist er noch am selben Tage über alle Berge.

Böckel sprang erregt von seinem Sitze auf. „Das muß unter allen Umständen verhindert werden!“ rief er hitzig.

„Es gibt nur ein Mittel, etwas Zeit zu gewinnen!“ erklärte ich nach einiger Überlegung. „Sie selbst Herr Böckel, müssen mit ihm in Verbindung treten. Sie geben vor, ihm das Grundstück abkaufen zu wollen. Er kennt Sie nicht, sonst —“

Mein Verbündeter schwante in scharfer Ablehnung die Hand gegen mich.

„Nein, nein“, entschied er sich kategorisch. „Ich müßte dann selber zu ihm hinaus — und wer weiß, ob dann nicht — nein, es ist schon besser, jemand anderes hierzu zu gewinnen. Sie, Herr Justizrat, wären der geeignete Mann dazu.“

Der Vorschlag war probat und wurde von Weingärtner auf der Stelle akzeptiert.

„Ich reflektiere nicht für mich, sondern für einen Klienten“, nickte er beifällig. „Das wird ihm noch besser einleuchten.“

„So setzen Sie sich gleich morgen mit ihm in Verbindung, rief ich ihm erregt. „Laden Sie ihn durch ein recht hohes Gebot — er wird sich dann um so länger hinhalten lassen. Denn darauf allein kommt es an.“

„Werde meine Sache schon machen“, versetzte der Justizrat lachend.

„Herr Böckel hat recht, er tut am besten, sich in Frankfurt ganz im Hintergrunde zu halten“, sprach ich weiter. „Ich selber muß jetzt an einer anderen Stelle den Hebel ansetzen. Wenn etwas, so kann uns nur die Eiferucht des Italiener zum Ziele helfen. Wenn mich nicht alles trügt, so drängen die Ereignisse im Landhause einer Katastrophe zu. Ricciardi treibt nach nichts Geringerem als dem Besitz Lucias, er gebraucht rücksichtslos die Macht, die sein Geheimnis ihm verleiht. Der Baron und das verderbliche Weib, seine Mitschuldigen, müssen entweder nachgeben oder —“

„Ich seiner entledigen“, rief mein Verbündeter. „Sie haben keine andere Alternative, denn sie werden nicht von der Gnade eines so gefährlichen Menschen abhängen

wollen. Ricciardi weiß das recht wohl und traut ihnen nicht über den Weg. Er fürchtet Vergiftung und genießt nichts, was seine Gastgeber nicht ebenfalls zu sich nehmen. Doch gibt es ja andere Mittel genug, sich gefährlicher Menschen zu entledigen.“

„Zuwiefern gedenken Sie aus dieser Sachlage Kapital zu schlagen?“

„Ich habe bisher hauptsächlich dem Baron und seiner Gattin meine Aufmerksamkeit geschenkt, jetzt hefte ich mich an die Fersen des Italiener.“

„Sie werden es nicht können, ohne Ihren Dienst aufzugeben?“

„It nicht nötig. Mein Amt als Kutscher gewährt mir manchen Vorteil, dessen ich sonst entrate. Zeit ist die Notwendigkeit an mich heran, so zögere ich natürlich keinen Augenblick. Ich beabsichtige vor allem, die Zimmer aller drei Beteiligten insgeheim zu durchsuchen, wozu sich bisher keine Gelegenheit bot. Ferner will ich über Mittel und Wege nachdenken, Ricciardi zu Schritten zu reizen, die ihn verraten müssen. Nötigenfalls kann ich ihm ja vertrauen, ich sei vom Baron bestochen, ihn zu ermorden, und sei zum Schein auf das Angebot eingegangen, oder so etwas ähnliches. Dadurch veranlasse ich ihn zu bestimmten Erklärungen. Auf alle Fälle will ich ihm eine Falle stellen — ich hoffe, Ihnen darüber recht bald näheres berichten zu können.“

„So sagte ich, und während ich mich nach Hause begab, grübelte ich angelegentlich über die Schlinge nach, in der ich den Italiener zu fangen gedachte. Ich ahnte nicht, daß der Regen, der während meines Heimgangs zu fallen begann, und der bald in Strömen auf das Pflaster niederlief, bereits ein Ereignis vorbereitete, das alle meine Pläne über den Haufen werfen und den Fall Haras in ein ganz neues Licht rücken würde. Aber so ist es so oft mit menschlichen Voraussetzungen und Entwürfen! Und hier liegt der Unterschied zwischen einer den Spuren des wirklichen Lebens folgenden Kriminalgeschichte und einer am Schreibtisch entworfenen. Unwissende Menschen gibt es nicht, außerdem muß man in jeder Sache mit den nicht voraussehenden Zwischenfällen rechnen, und ein solcher Zwischenfall, der doch zu meinen Gunsten ausfiel, stand vor der Tür.“

Ich fuhr während eines Teils der Nacht fort zu meditieren, dabei schlief ich etwas länger als gewöhnlich, stand aber immer noch zur rechten Zeit für meine Dienstobliegen-

heiten auf. Gegen acht kamen der Baron und Ricciardi herunter, sie und fertig angekleidet, im Begriffe spazieren zu gehen. Sie lachten miteinander, der Baron erzählte ein paar Jagdanekdoten.

„Die sind ja einmal recht ein Herz und eine Seele, dachte ich, als ich sie so entrückt fortwandern sah.“

Sie wählten den Weg durch den parkähnlichen Garten, eine schöne Kastanienallee führte durch diesen hindurch nach einem kleinen Pförtchen, durch das man ins Freie gelangte. Nachdem sie fort waren, dachte ich nicht mehr an die Spaziergänger, da ich für die gnädige Frau einige Besorgungen hatte. Am zehn besterzte ich auf dem Hofe einen Sattel aus, da sah ich plötzlich den Baron allein durch den Garten zurückkehren — aber wie sah er aus! Der Regen hatte bereits seit Stunden aufgehört und der Morgen war frisch und schön zum Spaziergehen, aber der Boden natürlich weich und durchtränkt, deshalb würde es mich nicht Wunder genommen haben, wenn die Stiefel und die Enden der Beinkleider beschmutzt gewesen wären, die sahen jedoch noch am manierlichsten aus. Am bestecktesten war der Anzug, der sowohl auf dem Rücken als vorn die Spuren intimer Berührung mit dem nassen Lehm des Bodens aufwies. Selbst der Hut wies einige Flecken auf, und die hohe Stirn zeigte auf der rechten Seite eine blutrünstige Stelle. Der gnädige Herr machte auch ein außerordentlich finstres Gesicht, das ausschaute, wie der Schatten desjenigen, mit dem er fortgezogen war.

Als er mich erblickte, trat er hastig auf mich zu. „Viktor, Sie müssen sich sofort auf den Weg machen, Sie wissen das Birkenwäldchen draußen nach Scheiborn zu?“

„Genieß, Herr Baron.“

„Dort ist mir ein dummes Malheur passiert — dort, wo der schmale Pfad abhinstigt nach dem Bache führt, gleite ich aus und komme zu Fall. Im Fallen saße ich nach einem Zweig, dadurch verschlimmerte ich aber das Unglück, denn ich schlug, weil ich an ihm festhielt, nach der Richtung des Baumes herüber und stieß mich mit der Stirn an den Stamm. Und was das schlimmste ist, bei dieser Gelegenheit habe ich meine Uhr verloren. Wahrscheinlich ist sie mit der Kette an dem Ast hängen geblieben, in der Aufregung habe ich es gar nicht bemerkt, erst vor etwa zehn Minuten entdeckte ich den Verlust. Gehen Sie hin und suchen Sie die Uhr — Sie werden sie wohl leicht finden. Der Pfad ist einsam, und gestohlen kann sie noch niemand haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Kongresskongress ein Antrag gestellt wurde, dem internationalen Sekretariat effektiv beizutreten. — Der Kongress der Eisenbahner ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil diese Organisation die stärkste Eisenbahnergewerkschaft des Kontinents ist. Sie zählt über 52000 Mitglieder. Von den Beschäftigten wäre eine hervorzuhoben, dahingehend, bei allen Gewerkschaften die offizielle Anerkennung der Gewerkschaft als Repräsentantin der Angestellten durchzusetzen. Bekanntlich hätte diese Frage in England beinahe zu einem großen Eisenbahnerstreik geführt. — Der Hauptgegenstand des Kongresses der Bergarbeiter, deren Verband etwa 50000 Mitglieder zählt, war der Anschluss an die Konföderation der Gewerkschaften. Diese Frage ist schon seit einigen Jahren in der Schwebe. Infolge des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1902 trat im Verband eine Spaltung ein. Im Minengebiet von Was-des-Calais spaltete sich unter anarchistischer Leitung das „Junge Syndikat“ von dem unter Leitung der Abgeordneten Basly und Lamendin stehenden „alten Syndikat“ ab, dem sich in Südrussland verschiedene Organisationen unter sozialistisch-revolutionärer Führung angeschlossen. Inzwischen hat sich die Wiedervereinigung, die zunächst an der Forderung, daß kein Gewerkschaftsfunktionär ein politisches Mandat ausüben dürfe, gescheitert war, vollzogen. Basly und Lamendin, die früher Arbeiterabgeordnete nach englischem Muster waren, haben sich der sozialistischen Partei angeschlossen und sitzen mit dem Genossen Bouvier von Montbau-les-Mines in derselben Kammergruppe der sozialistischen Partei. Das junge Syndikat, das nun eine erhebliche Mitgliederzahl aufweisen konnte, hat jedoch seinen Kampf mit dem alten Syndikat fortgesetzt, das vielfach zu heftigen Kämpfen führte. Die Konföderation hat jetzt für das junge Syndikat Partei ergriffen. Der Kongress der Bergarbeiter beschloß nun, an den nächsten Gewerkschaftskongress, der im Oktober in Marseille stattfinden wird, zu appellieren. Darüber dürfte es auf dem Gewerkschaftskongress selbst zu heftigen Kämpfen kommen.

Die Presse der südafrikanischen Sozialdemokratie in Gefahr. „The Cap Socialist“, das Organ der Sozialdemokraten der Kapkolonie teilt in der soeben eingetroffenen Mailausgabe mit, daß sein Bestand gefährdet sei. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, das Blatt zu halten, und wenn die Genossen im Lande nicht gewillt sind, mehr Opfer zu bringen, so ist der Verlag genötigt, das Blatt eingehen zu lassen. Hoffentlich gelingt es den Genossen über die Schwierigkeit hinwegzukommen, denn das Blatt tut der englischsprechenden Bevölkerung der südafrikanischen Kolonien recht gute Dienste.

Lob des Adels.

Im „Berliner Tageblatt“ philosophiert ein ungenannter Verfasser über die Untugend des Mobs aus den „besseren“ Ständen, der es liebt, „für Verfehlungen einzelner gleich den ganzen Stand verantwortlich zu machen“. Aus Anlaß der Fälle Eulenburg, Lynar und Hohenau werde gleich der ganze preussische Adel für verurteilt erklärt, was ebenso oberflächlich wie ungerecht sei.

Herr Illo — so nennt sich der Verfasser — mag recht haben, wenn er von den Mitgliedern seiner Klasse erzählt:

Hat erst die Justiz ihr letztes Wort gesprochen und eilt das öffentliche Interesse erst neuen Escandationen zu, dann ist für diese Art von Beurteilern der Adel wieder ganz, was er vor Eulenburg, Lynar und Hohenau war, das heißt, eine Gesellschaftsklasse, höchst besonderer Verehrung wert. Und wer seine lieben deutschen Spießbürger kennt, der weiß auch, daß diese generelle Verurteilung des Adels via Eulenburg durchaus nicht eine Erklärung demokratischer Empfindens bedeutet. Just so undemokratisch ist es wie oberflächlich. Man generalisiert, weil selbst ein gefallener Fürst immer noch etwas Fürstliches ist. Die Sache löst ein so herzerfrischendes Grinsen aus, denn blaues Blut ist doch nun einmal ein ganz besonderer Saft. Und wenn heute der Draht den plötzlichen Tod von Hunderten von Bürgern meldete, die Wirkung dieser Stunde wäre über die Stunde des ersten Geschreckens hinaus nichts gegen die billige Sensation, die heute der Name Eulenburg gibt.

Damit ist der liberale Durchschnittspfeifer — den das „Berliner Tageblatt“ ja kennen muß — so treffend geschildert, daß wir unseren Lesern dieses Genrebildchen nicht vorenthalten wollten. Im übrigen brauchen wir nicht erst auseinanderzusetzen, daß für ernste Leute speziell der Fall Eulenburg viel weniger um den Adel geht, als um die preussische Justiz. Aber davon abgesehen — so recht Illo haben mag, daß an sich und in den meisten Fällen die Gesamtheit nicht ohne weiteres für den einzelnen verantwortlich gemacht werden darf, so trifft das doch gerade bei diesen Angelegenheiten nicht zu. Sie gewinnen überhaupt erst durch den Rückschlag auf den gesamten Adel eine politische Bedeutung. Und das hängt so zusammen:

Die konservative Auffassung — die ja nichts weiter ist, als die in die moderne Politik übersehte Interessensvertretung des Adels — steht und fällt mit dem Dogma von der Ungleichheit der Menschen. Wie alle bürgerlichen Parteien, so muß auch die konservative an der Fiktion festhalten, daß sie nicht die Sonderinteressen einer Klasse verteidige, sondern das Wohl der Gesamtheit erstrebe. Wie aber wird das Wohl der Gesamtheit gefördert durch die Bevorzugung des Adels, die ja doch den tatsächlichen Inhalt der konservativen Politik ausmacht? Weil die Menschen ungleich sind, antwortet hierauf der theoretische Konservatismus. Die große Masse des Volkes, das Proletariat, besteht nach dieser Auffassung aus einer rohen, gänzlich unfähigen Masse, die, sich selbst überlassen, notwendig zugrunde gehen müßte, weil sie ohne Leitung nicht einmal den notwendigsten Lebensunterhalt zu erwerben verstände. Nicht ganz so schlimm, aber noch schlimmer genug steht es mit dem besitzenden Mittelstande, der Bourgeoisie. Deshalb steht an der Spitze des ganzen Gesellschaftskörpers der Adel, die erlesene Blüte der Nation, durch seine Geburt dazu bestimmt und befähigt, Führer und Leiter des Volkes zu dessen eigenem Heil zu sein. Also von Natur — oder wie die Konservativen es ausdrücken, von Gott — ist die große Masse des Volkes ungebildet und roh, der Adel dagegen mit den ausersensibelsten und höchsten Qualitäten ausgerüstet. Trifft das nicht zu, so stürzt die Grundlage dessen, was nach konservativer Beweisführung die Bevorzugung, ja selbst die Existenz des Adels rechtfertigt.

Und nun wird an den Fällen Eulenburg, Lynar und Hohenau vor aller Welt klar, daß diese angebliche fine fleur der Nation aus genau derselben Sorte von Menschen

besteht, wie die anderen Klassen auch; daß bei ihr Eulenburg, Gemeinheit, Verbrechen sich ebenso vorfinden, wie bei anderen Sterblichen. Folglich ist es nicht wahr, daß der Adlige schon durch seine Geburt etwas weit Besseres sei als der Bürger oder der Arbeiter. Wo nimmt er dann noch seine Legitimation her, kraft seiner Geburt die anderen „unteren“ Klassen führen und leiten zu wollen?

Das ist gemeint, wenn wir Sozialdemokraten sagen, daß derartige Fälle den ganzen Adel betreffen. Gewiß wird kein Verständiger behaupten, daß nun alle Adligen Päderasten seien und zum Meißeln neigen, aber die konservative Grundanschauung ist durchlöchert, wenn drei so hervorragende Mitglieder des Adels — darunter sogar einer, der lange Zeit tatsächlich die Rolle eines „Führers der Nation“ gespielt hat — sich als mit ganz gewöhnlichen oder vielmehr ungewöhnlichen Lasten behaftet erweisen.

Zur Erheiterung unserer Leser sei noch beigelegt, wie der liberale „Geschichtsphilosoph“ im „Berliner Tageblatt“ die „historische Mission“ des preussischen Adels feiert:

Es gibt kein Land, dessen Geschichte so eng mit der Geschichte seines Adels verknüpft ist wie Preußen und es gibt in keinem andern Lande einen abgeschlossenen Stand, der um die Größe des Vaterlandes so verdient ist wie der preussische Adel. . . . Und wie kam es denn, daß der Adel in Preußen einst eine so hervorragende Rolle spielen konnte? Nun, erstens, weil er an sich sehr tüchtig war. . . .

Das hätten sich die Köckerige und Iphenlige gewiß nicht träumen lassen, daß einst ein Sachkenner des ganz gewöhnlichen Bürgerpacks in so begeisterten Tönen ihr Lob singen würde. Der „historische Geschulte“, von dem Herr Illo viel jagelt, würde wahrscheinlich eher einen Zusammenhang zwischen der hervorragenden Rolle des preussischen Adels und der hervorragenden — Rückständigkeit des preussischen Staates vermuten.

General-Versammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Köln.

Am 9. Verhandlungstage wurden zunächst die Diäten der Delegierten mit 12 Mk. pro Tag und Entschädigung der Fahrt 3. Klasse festgesetzt. Dann wird in der Statutenberatung fortgefahren. Die Anträge über eine neue Gaueinteilung werden dem Vorstand überwiesen. Von den anderen Beschlüssen sind als die wichtigsten zu erwähnen: Kollegen, die vom Beruf abgehen und sich selbständig machen, müssen erst 6 Beiträge in Kondition leisten, ehe sie wieder für die Arbeitslosenunterstützung bezugsberechtigt sind. Die Entschädigung für die Gaue aus der Verbandskasse wird auf 5 Prozent erhöht. Mitglieder, die mindestens 75 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten eine Reiseunterstützung von 1,50 Mk. pro Tag, für längstens 280 Tage. Die Ortsunterstützung beträgt bei 75 Wochenbeiträgen 1,50 Mk. pro Tag, bei 150 Beiträgen 1,75 Mk. pro Tag. Bei über 500 Beiträgen verlängert sich die Unterstützungsdauer. Arbeitslose Mitglieder haben sich im Arbeitsnachweis ihres Bezirks eintragen zu lassen, sonst verlieren sie den Anspruch auf Ortsunterstützung und Unzugskosten. Wer unterstützt wird, darf seinen Wohnort ohne Zustimmung des Gauvorstandes nicht wechseln, sonst hat er keinen Anspruch auf Ortsunterstützung. Bei Annahme einer Kondition die vorgeschriebene Erkundigung bei den Verbandsfunktionären unterläßt, kann für die Dauer eines Vierteljahres Anspruch auf eine Unterstützung nicht erhoben. Auch bei der Erstattung von Unzugskosten ist vorher Erkundigung einzuziehen. Die Sätze dafür werden auf 15 bis 25 Mk. festgelegt, bei größeren Entfernungen tritt ein Zuschlag hinzu. Alle Anträge auf Einführung einer Witwen- und Waisenunterstützung werden abgelehnt. Die beantragte obligatorische Einführung des Korrespondent wird wegen der dadurch entstehenden Mehrkosten abgelehnt. Die bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder werden wieder gewählt. Die Wahl für den neuen Vizepräsidenten fällt auf Grafmann-Essen. Bei der Wahl des Redakteurs erhält Kexhäuser 105 von 133 abgegebenen Stimmen. Die nächste Generalversammlung findet in Hannover statt. Bei der Beratung der sonstigen Anträge wird ausgesprochen, daß bei Wahlen keinem Mitglied vorgeschrieben werden kann wie er stimmen soll, es darf aber kein Verbandskollege sich als Kandidat der christlichen Gewerkschaften aufstellen lassen, sondern es ist immer die Liste der freien Gewerkschaften zu unterstützen. Das abgeänderte Verbandsstatut tritt am 1. Januar in Kraft. Eine längere Debatte entfällt bei der Frage wie die Verbandsgebäude angelegt werden sollen. Dem Vorstand wird der Wunsch unterbreitet, daß bei Vergebung von Hypotheken zuerst die Arbeitergenossenschaften berücksichtigt werden sollen. Damit war die Generalversammlung am Schluß ihrer Beratungen angelangt.

Aus dem Gerichtssaal.

Freigesprochen im Wiederaufnahmeverfahren wurde von der Strafkammer des Landgerichts in Stettin der Hafenarbeiter Gehauer, der wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem minderjährigen Mädchen i. J. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt war. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da die belastenden Aussagen des zwölfjährigen Mädchens B. auf Grund deren die Verurteilung damals erfolgte, unglauwürdig seien. G. hat von der Strafe bereits über die Hälfte verbüßt.

Als russische „Flüchtlinge“, die gar kein Deutsch können wollten, gaben sich am 23. März d. J. der 37 Jahre alte Jakob Weiner aus Wilna (Rußland) und der Wassily Tschernikoff, gleichfalls aus Rußland, auf der Redaktion der „Pfälz. Post“ zu Ludwigshafen aus und wußten nach langem Hin- und Herreden Genossen Kleesoot als Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins zu bewegen, ihnen durch Anweisungsschein an den Kassierer Genossen Wagner je 2 Mk. zu bewilligen. Ehe die beiden Ströche jedoch bei Stadtrat Wagner die ihnen geschriebene Anweisung präsentierten, fälschten sie die Anweisung von je 2 Mk. auf je 12 Mk. Wagner schöpfte darob Verdacht und telephonierte an Kleesoot, wodurch sofort der Schwindel an den Tag kam. Beide gingen dann flüchtig, wurden aber verhaftet und später wieder auf freien Fuß gesetzt, worauf Tschernikoff ins Ausland flüchtete. Weimer, der übrigens schon seit drei Jahren seinen Wohnsitz in Mannheim hat, wurde wegen Betrugsversuch und Urkundenfälschung von der Frankenthaler Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

Die Söllennaschine vor Gericht. Beim Schöffengericht Kullmbach wurde ein Fall verhandelt, der schon der Reichsverbandspresse Stoff zu entrüsteten Betrachtungen

über die Verworfenheit der Sozialdemokratie gegeben hat. Es hieß damals, bei einem Streik in der Müllerschen Steinschleiferei in Milsberg (Oberfranken) habe der an der Bewegung beteiligte Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Milsberg, Genosse Guntow, ehe er den Betrieb verließ, in seinem Werkzeugschrank eine Art Söllennaschine aufgestellt, in Gestalt eines mit Schwefelsäure gefüllten Gefäßes, das derart besetzt gewesen sei, daß es beim Öffnen des Schrankes umfallen und seinen Inhalt über den Körper des Dessnenden ergießen mußte. Ein Arbeiter, der den Schrank öffnete, habe sein Augenlicht nur dadurch retten können, daß er rasch in die vorüberfließende Schwarzach sprang. Nunmehr hatte sich Genosse Guntow vor dem Kullmbacher Schöffengericht wegen „Körperverletzung“ zu verantworten. Das umfangreiche Zeugenverhör ergab nicht den geringsten Anhaltspunkt für das Vorliegen eines solch finsternen Planes, wie ihn die Reichsverbandspresse zusammengelogen hat. Der dabei ermittelte Sachverhalt ist folgender: Am 29. Februar traten die Arbeiter der Müllerschen Steinschleiferei in den Streik. Am Abend des gleichen Tages visitierte der Arbeiter Baumann die Schränke der Ausständigen, und als er den Schrank des Guntow öffnete, fühlte er sich von einer Flüssigkeit begossen. Die Flüssigkeit befand sich in einer leeren Stiefelwischbüchse und bestand aus Wasser, das mit einer kleinen Menge Schwefelsäure vermischt ist und zum Schleifen verwendet wird. Nach der Anklage soll es reine Schwefelsäure gewesen sein, wäre das aber der Fall gewesen, so wäre Baumann fürchterlich verbrannt worden, das Wasser hinterließ jedoch weder an seinem Körper noch an seiner Kleidung irgend eine Spur, nur will er ein wenig „Beißer“ an der Wange verspürt haben. Weiter wurde jedoch durch Zeugen bekundet, daß Guntow diese Vorrichtung schon vor zwei Jahren in seinem Schrank angebracht hatte, weil ihm öfters Feilen abhanden kamen, und daß er sich selbst schon, als er unbedacht seinen Schrank öffnete, mit der Flüssigkeit begossen hat, ohne im geringsten Schaden zu nehmen. Es lag also keinerlei Absicht vor, ein „Attentat“ gegen Arbeitswillige oder Betriebsbeamte auszuführen, und die ganze Geschichte entbehrt jeglichen Zusammenhangs mit dem Streik. Trotzdem hielt das Gericht ein Vergehen der leichten Körperverletzung für gegeben und verurteilte Guntow zu 14 Tagen Gefängnis! — Das gleiche Gericht hatte in einem kurz vorher verhandelten Fall über drei Bahnarbeiter abzuurteilen, die einen andern nachts heimlich überfielen und derart mishandelten, daß das ganze Gesicht furchtbar verformt und blutrinzig war und der Verletzte acht Tage arbeitsunfähig wurde. Für dieses wirkliche Raubverbrechen erhielt jeder der Beteiligten 5 Mark Geldstrafe!

Aus Nah und Fern.

Fürst Eulenburg soll vor den Folgen seines Eides durch schlaue Konstruktion und Interpretationen gerettet werden. In seiner Broschüre über die Eulenburgsache erzählt nämlich Herr Harnisch-Wedderkopf, er sei von einem praktischen Juristen darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach wiederholten Entscheidungen des Reichsgerichts die Äußerungen des Fürsten Eulenburg, die mit den Münchener Zeugenaussagen in Widerspruch stehen, garnicht unter seinem Eide gefallen, sondern nebenhergehende unverbindliche Erklärungen gewesen seien. Prof. Delbrück findet es in der Tat auffallend, daß der in der Broschüre angegebene Eid des Fürsten anders lautet, als er sonst in den Zeitungen berichtet wurde. Der Eid, den der Fürst selber formulierte, hatte hiernach folgenden Wortlaut: „Ich habe mir niemals Handlungen, die gegen den § 175 verstoßen, zuschulden kommen lassen. Zwar bin ich in meiner Jugend ein enthusiastischer Freund meiner Freunde gewesen, zwar habe ich Briefe geschrieben in überschwänglich freundschaftlicher Empfindung. Etwas Böses, etwas Schlechtes, etwas Schmutziges hat aber nie dahinter gelegen.“ Delbrück, der das Buch von Harnisch bespricht, meint, nur das, was er ganz positiv und unweifelhaft, in der engsten Fassung des Wortlauts sage, könne als beschworen gelten. Es sieht demnach so aus, als habe sich Fürst Eulenburg schon damals bei seinem sorgfältig überlegten Eide Hintertüren offen gelassen, durch die er sich vor einer Anklage wegen Meineides retten zu können glaubte. — Noch auffälliger ist die Voricht, mit der sich Fürst Eulenburg im Brandt-Prozess äußerte. Hier lautete sein Eid wörtlich also: „Ich erkläre hiermit auf das bestimmteste, daß ich mir in meinem Leben nie strafbare Handlungen in bezug auf § 175 habe zuschulden kommen lassen. Was das übrige betrifft in bezug auf die Dinge, von denen Dr. Girsfeld gesprochen hat, so lasse ich mich darauf nicht ein.“ Diese Rettungssprüche sind interessant. Es bleibt am Ende nämlich nur noch die Äußerung: „Ich habe niemals Schmutzerien getrieben.“ Und vielleicht war das auch eine „unverbindliche, nebenhergehende Erklärung“. Man mache sich auf die Haftentlassung gefaßt!

Stützen des Reichsverbandes. Dem „Borm.“ schreibt man aus Spandau: Die beiden in der hiesigen Gewerkschaft wegen großer Unterschlagungen abgefaßten Betriebschreiber Müller und Porakki, von denen der erstere seinem Leben durch Enttänen bereits ein Ende gemacht hat, gehörten auch dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie auch dem konservativen „Neuen Wahlverein“ als Mitglieder an. Müller war außerdem Vorsitzender des Vereins ehemaliger Jäger und Schützen, Porakki Schriftführer beim Deutschen Militärverein. Also echte Staatsstützen. Porakki, der in der Gewerkschaft auch der vom „Neuen Wahlverein“ begünstigten sog. Schmittfeldkommission angehört, war derjenige, der bei der letzten Reichstagswahl, als der Genosse Litfin in einer Versammlung bei Sawade, die vom „Neuen Wahlverein“ veranstaltet war, dem Abg. Pauli-Potsdam entgegenzutreten wollte, aber durch das Dazwischenbrüllen der patentierten Staatsstützen behindert wurde, dem Genossen Litfin zurief: „Raus mit dem Staatsverbrecher!“ Und dabei hatte dieser Mensch zu jener Zeit den Staat bereits um Tausende betrogen. Gegen Müller schwebte bereits im Sommer 1904 ein Verfahren wegen Beiseiteschaffung von Gemeintheilen. Die Sache gelangte auch zur Anzeige und es fanden richterliche Vernehmungen statt. Dann aber hörte man nichts mehr von der Sache. Es schien, als wenn man von einer weiteren Verfolgung abließ, obwohl der oder die vernommenen Zeugen zweifellos gravierend gegen Müller ausgesagt hätten. Eigentümlich war es auch, mit welcher Schnelligkeit Müller Unterstützungsgefuche von seinen Freunden durchzusetzen wußte, während er Gefuche von ihm mißliebigen Personen, oder gar solchen, die bei ihm im Geruch standen, Sozialdemokrat zu sein, auf die lange Bank zu schieben wußte. Einer dieser speziellen Freunde war auch ein gewisser Runge. Dieser wurde unlängst dabei abgefaßt, als er ein fertiges Gewehr durch den um das Fabrikgebäude befindlichen Zaun einer anderen Person gab. Von dieser Sache, obgleich sie authentisch ist, hat man in der Öffentlichkeit auch noch nichts gehört. In solcher Weise wird also in Patriotismus gemacht. Solche Leute wie Müller gewinnen in den Staatsverhältnissen solchen

